

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verkaufsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Sitz: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 21

Berlin, den 25. Mai 1929

4. Jahrgang

Abbau der Sozialpolitik ist Kulturbau.

Unsere Gegenwartskultur ist ein Gemisch aus verschiedensten Gedankenkreisen. Sehen wir uns um, welche Ideenströmungen in der Gegenwart noch am lebendigsten sind, so finden wir vor allem das Christentum und den Sozialismus.

Die Gedanken- und Gefühlskläde des Christentums haben sich zweitausend Jahre erhalten. Ihre Hütter und Träger, die Kirchen, sind bei uns mit dem Staat aus engste verbunden. Durch nachhaltigechristliche Wehrhaftigkeit wird das christliche Gedankengut von Kindesbeinen an allen Volksgliedern nahegebracht und am Leben erhalten. Unter solchen Verhältnissen müssen diese Ideen auch dann, wenn sie angestaubt sind, zum Ausdruck kommen im Verhalten der Staatsbürger untereinander und in ihrem gegenseitigen Verhältnis zum Staat. Sie müssen sich am deutlichsten spiegeln in den Gesetzen des Staates. So konnte Bismarck bei der ersten Beratung des ersten Unfallgesetzes im Reichstag sagen, es handle sich bei der Schaffung des Gesetzes um eine "Weiterentwicklung der aus der christlichen Gestaltung erwachsenden modernen Staatsidee."

Mehr aber als das Christentum hat auch schon damals der nachvolliebende sozialistische Gedankenkomplex bei dem neuen Gesetz Platz gefunden. Für viele seiner Anhänger war und ist der Sozialismus Religion, Weltanschauung und politische Überzeugung zugleich. Sein Wille zur Daseinsgestaltung macht ihn vollständiger als das Christentum. Zugleich ist er eine Synthese, die Lehrer wesentliche Ideen des Christentums und des bürgerlichen Humanismus mit umfasst. Auch die große Selbstbefreiungsbewegung des Bürgertums möchte ja zuerst den Menschen und seine heiligen, naturgegebenen Rechte wieder entdecken. So schwang in den Lehren der utopischen Sozialisten der gewaltige Dreiklang "Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit". Der Gedanke, daß jeder Mensch, auch der ärmer, ein Recht auf ein menschliches Dasein habe, daß sein Leben unantastbar sei, daß er vor Ausbeutung bewahrt werden und seinen gerechten Lohn erhalten müsse, ist sowohl dem Christentum als auch dem Sozialismus eigen. Der Ruf nach Brüderlichkeit Klingt heute noch aus den modernen Kampfliedern der Arbeiterklasse. Die Alte "Gesetze" drückt inniges Zusammengehörigkeitsgefühl aus. Dieser Solidaritätsgedanke ist heute in der organisierten Arbeiterschaft am stärksten verwirklicht. Er ist einer der höchsten Kulturgüter über jener Urplattform der Barbarei, auf der der Kampf aller gegen alle tobte und jede Kulturregung erstickte.

Die Arbeiterklasse beherrscht heute zwar noch nicht den Staat; aber sie hat sich einen wesentlichen Einfluss im Leben des Staates erkämpft, und da alle staatliche Gleichverteilung ein Kompromiß ist, dessen Ausleben von den Einflüssen der stärksten Kräfte im Staat abhängt, so kommt es, daß die Prinzipien der Lehre vom Sozialismus in der modernen Gesehgebung sichtbare Spuren aufweisen. Unsere Sozialpolitik ist ein unwiderleglicher Beweis dafür.

Mehr als in anderen Ländern ist bei uns das Los der Kranken, Invaliden und Erwerbslosen gesichert. Mehr als in anderen Ländern ist bei uns ein gut praktisches Christentum und ein erhebliches Stück Sozialismus Wirklichkeit geworden. Weit über jenes wehleidige Christentum hinaus, das den Armen auf die Almosen der Kirchen anwies, hat sich der deutsche Arbeiter von heute Einrichtungen erkämpft, die ihm einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung in der Not gewähren, einen Anspruch ohne Wohlfahrtspflegebeigeschmac und ohne Danzbarkeitsverpflichtung. Aus dem Aufbau von Staat und Wirtschaft wird dabei mit Recht die Pflicht des Unternehmers zur Mittragung der Kosten hergeleitet. Um die Leistung dieser Unternehmerquote aber geht ein erbitterter Streit.

Der Kampf hat augenblicklich einen seiner Höhepunkte erreicht. Das Unternehmertum läßt zum Generalangriff auf die Sozialpolitik. Es geht um die Sozialversicherung. Preise und Wissenschaft werden mobilisiert. Kässen und Professoren marschieren als Sachverständige auf.

Einer der lautesten und deutlichsten Gegner ist ein Herr Harp. Er hat auf Hugenberg ein Buch geschrieben mit dem Titel "Irrwege der Sozialpolitik". Sein Ziel ist völkerlicher Abbau der Sozialversicherung bis auf die Unfallversicherung und Einführung eines allgemeinen Sparzwanges, der alles viel besser ersehen soll. Viel zu gerissen, um zu sagen, daß es nur daraus ankomme, die Umlaufsquote der Unternehmer in Aufschwung zu verführen, wird der Angriff so maskiert, als läge nichts mehr im Interesse der Arbeiterschaft als ein völliger Abbau der Sozialversicherung. So wird dargetan, daß die Versicherung dem Arbeiter bis zu 30 Proz. seines Einkommens abnehme, daß sie weiterhin aber auch zum moralischen Zusammenbruch der Arbeiterschaft führen müsse, da durch die Sozialversicherung Vertrug, Faust und Verneidung systematisch geäuft werden würden. Vor diesen groben Kulturschäden könne den Einzelnen und die Nation nur eines retten: Versicherungsbau und Sparzwang.

Der Gedanke des Sparsen ist hier klinisch einsichtig. Wäre er richtig, so müßten in erster Linie die deutschen Unternehmer ihre Versicherungspolitiken zerstreuen, die sie gegen Feuer, Einbruch, Diebstahl und andere Dinge versichern. Wie hatte der Versicherungsgebund... insbesondere auch für den Arbeiter stärkere kulturelle Bedeutung als im neueren Abschnitt unserer gesellschaftlichen Entwicklung; denn nie war das Gefahrenmoment, das "Risiko", in allen Dingen so groß wie heute. Durch die Versicherung wird nun dieses Risiko als ein Mindestmaß verkleinert, indem es auf die Summe aller Versicherten verteilt wird. Versichern ist auch Sparen. Die Versicherung ist eine Spargemeinschaft, die für den einzelnen mehr leistet, als sein vereinzelter Sparen an leisten vermögt. Auch dann, wenn er erst wenig Geld als Prämie einzahlt hat, tritt die hellende Leistung der Versicherung ein, wenn das befürchtete Ereignis eintritt. Würde die Sozialversicherung aufzugeben und würde ein Arbeiter zu einem seiner Arbeitsplatztafel oder kurz danach von einer längeren Krankheit oder Arbeitslosigkeit betroffen, so würde sein Erspartes gar bald zu Ende sein und er wäre auf die Armutspflege angewiesen. Dieser Nebenstand wird durch die organisierte Selbsthilfe in Gestalt der Versicherung vermieden. Sie schützt in jedem Fall den Arbeiter vor der armen Not, ohne ihn zum Gegenstand der Wohlfahrtspflege an machen und kann daher

ihrem kulturellen Werte noch nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Von diesen reinen Gewinnlosigkeitsgesichtspunkten aber abgesehen, wortet der Gedanke der Sozialversicherung, wie bereits oben angedeutet, im kulturellen Gesamtgehalt unserer Zeit. Sozialgefühl ist eine soziale Forderung, die der heutige Staat von jedem seiner Bürger verlangen muß. Es geht aus von den tiefsten Hintergründen des menschlichen Seins überhaupt. Wer seine Notwendigkeit leugnet, leugnet die Kultur und weist den Weg rückwärts zur Barbarei. Wer es aber bejaht, der muß auch die Einrichtungen und Organisationsformen besitzen, die zu seiner Verfolgung erforderlich sind.

Die moderne Gesellschaft mit ihrem revolutionierten Produktionsprozeß läßt keine isolierte Einzelwesen mehr. Jeder Mensch ist verschlossen in eine Menge von Beziehungen und Verhältnissen. Von dem Werkstück, das du in den Händen hast, ziehen sich Hände durch unendlich viele andere Hände. Die Arbeitsteilung läßt jeden für jeden arbeiten und macht jeden von jedem abhängig. So entsteht das feinmaschige Geflecht der Gesellschaft von heute. "Jeder für jeden und damit jeder für alle!" Das ist der eine Grundsatz: "Alle für jeden!" Das ist das andere Prinzip, das ständig mehr Weltung gewinnt und im Interesse der Verbindung unserer Gesellschaftsordnung und der kulturellen Weiterentwicklung auch Raum gewinnen muss.

Jeder Arbeitende ist heute Diener am Bestande der Gesellschaft. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß diese Gesellschaft Einrichtungen schafft und unterhält, die den Arbeitenden vor schlimmster Not und vor dem Untergange schützen, falls er im Dienste der Gesellschaft vernünftig oder zu diesem Dienst ganz oder teilweise unfähig wird. Und es ist nicht mehr als recht und billig, daß die Gesellschaft dafür sorgt, daß im Notfalle auch die Angehörigen dieser Arbeiter vor dem Vergessen bewahrt werden.

6000 Arbeitersfrauen werden jährlich durch Betriebsunfälle ihrer Männer zu Witwen. 1927 wurden 1,8 Millionen Arbeitsunfälle gemeldet. Unsere Unfallversicherung versorgte 1850 000 Invaliden, 340 000 Witwen, 780 000 Waisen. Jeder zweite Arbeiter wird jährlich 25 Tage krank. 1927 wurden 4300 Fälle von Berufskrankheiten gemeldet, für die die Versicherung einzutreten hat. Wie viel Not und Elend liegt in diesen Zahlen! Wie viel, wie mehr als großliche Not würden sie bedeuten, bestände nicht die Sozialversicherung, die wenigstens die schlimmsten Ansprüche des Elends verbilligt. Kein Zweifel: Die Sozialversicherung ist eine kulturelle Notwendigkeit.

Die Unternehmer aber blasen zum Generalangriff.

Der Angriff auf die Sozialversicherung ist nicht nur kulturstörend; er ist klassenegoistisch und seine Tendenz ist volksfeindlich.

Man muß vor allen Dingen auch die sozialhygienische Funktion der Sozialversicherung sehen. Sie ist ein hervorragendes Mittel zur Erhaltung und Steigerung der Volksgesundheit. So ermöglicht die Krankenversicherung schnelle und zweckmäßige Behandlung von Infektionskrankheiten. Sie ist für die zeitzeitige Eindämmung von Seuchenherden von größter Bedeutung. Bekämpfen sie nicht, so würden die großen Volksseuchen Tuberkulose, Syphilis usw. noch ganz anderen Umfang annehmen als sie es heute tun, wo sie im langsamen Schwinden sind.

Die Sozialversicherung verhindert es, daß Familien durch Krankheit und Erwerbslosigkeit ins Lumpenproletariat hinzuhören. Sie verhindert es, daß wertvolle bürgerliche und geistige Kräfte der Gesellschaft verloren gehen. Sie verhindert oder erschwert das Umsturzreisen von Tyrannie, Unzucht, Verbrechen und Entartung. Sie erhält dem Volle unermüdliche Werte und bewahrt es vor inneremlichem Schaden. Die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung wird dadurch umso Billiger wieder aufgewogen. So wirkt die Sozialversicherung hier als Stütze für das einmal erreichte Kulturringen der Gesellschaft; denn jeder sozial unbefähigte ist ein Strahlungspunkt für Kräfte des kulturellen Niedergangs.

Das Märchen von der Schädlichkeit der Sozialversicherung und der Sozialpolitik für den Arbeiter widerlegt sich von selbst. Sozialpolitik entzieht den Arbeiter nicht, sondern verstärkt die Eigentumsbildung, weil sie das Mittel für die großen kostspieligen Mikrotheile auf eine große Vielheit verteilt und so verkleinert oder ganz ausschaltet. Dadurch wird der Arbeiter in vielen Dingen vor kleinlichen, aber zehrenden und mürkenden Sorgen befreit und so kulturfähiger gemacht: aufgeschlossener für Kunstschönheiten und Kunstgenü. Sozialpolitik führt nicht zur Unmoral; sie verbüttelt sie, indem sie Elend verbilligt, aus dem sie geboren wird. Sie verweicht nicht; sondern sie erfrischt: Nicht troh, sondern in sozialem seiner Sozialpolitik war das deutsche Volk und die deutsche Armee im Kriege fähig, fast menschliches zu leisten und zu ertragen. Die positive Auswirkung der Sozialpolitik auch auf die Persönlichkeitskultur steht damit unumstritten fest.

Die organisierte Arbeiterschaft, die sich mit Recht heute als Bannenträger des kulturellen Fortschritts fühlen darf, wird es daher nie und nimmer dulden, daß ein Kulturstoß allerersten Ranges, wie die Sozialversicherung, vernichtet wird. Für sie gilt die Parole: Nicht Abbau, sondern Ausbau der Zwischenpolitik!

G. A. Reith.

Soziales Arbeitsrecht.

In diesen Tagen des Generalangrisses der Unternehmer gegen die sozialen Errungenheiten des Proletariats erscheint es notwendig, daß sich die Arbeiterschaft des hohen Wertes dieser von ihr schwer erkämpften und heute bedrohten sozialen Fortschritte mehr und mehr bewußt wird. Gehen wir daher einmal den Spuren des Sozialen in unserem heutigen Arbeiterricht nach, so finden wir gerade hier eine Menge von Ansätzen für eine soziale Gesellschaft, deren stete Fortbildung unsere Aussage bestätigt. Die rechtliche Anerkennung des hohen sozialen Wertes der menschlichen Arbeiterschaft und damit ihr notwendiger Schutz vor egoistischer Ausbeutung, erfolgte eigentlich erst in größerem Maße durch die neue arbeitsrechtliche Gesetzesgebung nach dem November 1918. Grundlegend war hierzu die Weimarer Verfassung, insbesondere die Artikel 157, 163 und 165.

Artikel 157: "Die Arbeiterschaft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs." Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht." Hierdurch findet also die Forderung nach einem sozialen und einheitlichen Arbeitsrecht seine gesetzliche Grundlage, das gegenwärtig zur Veratung stehende Arbeiterschutzgesetz erfüllt jedoch diese Forderung weniger befriedigend. Ist aber die Arbeit ein solch soziales Gut, so versteht es sich von selbst, wenn ein Recht, ja sogar eine staatspolitische Pflicht zur Arbeit besteht. Hierfür ist der Artikel 163 unserer Reichsverfassung maßgebend, welcher wie folgt lautet:

"Jeder Deutsche hat unbedingt seiner persönlichen Freiheit die soziale Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesellschaft erfordert."

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitszeiten gelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nächste wird durch Reichsgesetze bestimmt."

Dieses Recht auf Arbeit findet seine gesetzliche Auswirkung im § 81 des Betriebsratgesetzes, nach dem den Arbeitern und Angestellten ein bescheidener Lohn und Gehalt eingeräumt ist. Hierdurch kann eigentlich nur gekündigt werden, soweit diese Kündigung wirtschaftlich akzeptabel, oder durch ungerechtes Verhalten des Arbeitgebers bedingt ist. Neben den Einzelheiten dieses Kündigungsschutzes soll gelegentlich einmal mehr gelagert werden. Dafür erachtet sich aus Artikel 163, daß mit dem gegenwärtigen Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung, welche lediglich das Verfassungsmäßige Recht auf Unterhalt bei unverschuldeten Arbeitslosigkeit gewährleistet, ein Vorstoß gegen den sozialen Teil der Reichsverfassung unternommen wird.

Neben diesem Recht auf Arbeit besteht gleichzeitig ein Recht auf gerechte Löhne. Dieser gerechte Lohn sollte nach kapitalistischer Ausgestaltung durch die freie Konkurrenz der einzelnen Arbeitnehmer untereinander erzielbar sein. Allein es ergibt sich zweifelsfrei, daß die Hälfte und Schwäche des einzelnen Arbeiters seinem Arbeitgeber gegenüber zu Lohnvereinbarungen führen, welche nur selten das gleiche Einstellungsmittel erreichen. Solche Hungerlöhne schädigen freilich die Arbeiterschaft und bedeuten somit eine schwere soziale Schädi-

gung des Allgemeinwohls. Der Einzelarbeitsvertrag schuf außerdem kein Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern ein einseitiges Herrschaftsverhältnis.

"Die Gewerkschaften haben in zahlreichen Verträgen der beiden Vertragsparteien des Arbeitsvertrags zu einem tatsächlich Gleichgewicht umgestaltet." So heißt es in der amtlichen Begründung zum Betriebsratgesetz, womit zugleich die Gewerkschaften ihre öffentlich-rechtliche Anerkennung finden. Seinen gesetzlichen Niederschlag hat diese Anerkennung erhalten im § 8 des Betriebsratgesetzes, vor allem aber im Schlichtungs- und Tarifvertragswesen. Unter modernes Arbeitsrecht acht überhaupt von dem Grundgedanken aus, daß sowohl die Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisiert sind. Die betriebnahe Kommunistische Berufungsarbeit an den Gewerkschaften bedeutet demnach zugleich einen schweren Vorstoß gegen das soziale Arbeitsrecht, dessen wichtigste Voraussetzung eben die Existenz starker Arbeitnehmerorganisationen ist.

Georg Raible.

Berbesserter Mutterschutz.

Die erwerbstätige Frau hat Anspruch auf Wochenunterstützung 6 Wochen vor und 6 Wochen bzw. 12 Wochen, falls es der Arzt für nötig hält nach der Niederkunft und geniebt während dieser Zeit eine Kündigungsschutz. Wenn ein großer Prozentsatz Frauen von dem Recht, 6 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit ruhen zu lassen, nicht ausreichend Gebrauch macht, so ist das in erster Linie auf die proletarische Art und die noch zu niedrige Unterhaltung zurückzuführen. Viele Frauen lassen nicht so lange auf den Lohnausfall verzichten, der zwischen Wochenverdienst und Arbeitsverdienst liegt. Und die Löne der Arbeitnehmerinnen sind ja in den meisten Fällen so niedrig, daß Ergebnisse vorher auch nicht gemacht werden können. Es war deshalb sehr zu begrüßen, daß durch den sozialpolitischen Anschlag dem Reichstag einige wichtige Änderungen vorgenommen werden.

Die erwerbstätige Frau hat Anspruch auf Wochenunterstützung 6 Wochen vor und 6 Wochen bzw. 12 Wochen, falls es der Arzt für nötig hält nach der Niederkunft und geniebt während dieser Zeit eine Kündigungsschutz. Wenn ein großer Prozentsatz Frauen von dem Recht, 6 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit ruhen zu lassen, nicht ausreichend Gebrauch macht, so ist das in erster Linie auf die proletarische Art und die noch zu niedrige Unterhaltung zurückzuführen. Viele Frauen lassen nicht so lange auf den Lohnausfall verzichten, der zwischen Wochenverdienst und Arbeitsverdienst liegt. Und die Löne der Arbeitnehmerinnen sind ja in den meisten Fällen so niedrig, daß Ergebnisse vorher auch nicht gemacht werden können. Es war deshalb sehr zu begrüßen, daß durch den sozialpolitischen Anschlag dem Reichstag einige wichtige Änderungen vorgenommen werden.

Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 Reichsmark täglich für vier Wochen vor und sechs unmittelbar nach der Niederkunft; jedoch für die Zeit vor der Niederkunft drei Viertel des Grundlohnes, so lange die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entlast ausübt.

Es handelt sich um die Verkürzung, welche niedriggelegt ist im § 195a der Reichsversicherungsordnung. Es heißt jetzt da im Abfall 1 Nr. 3:

Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 Reichsmark täglich für vier Wochen vor und sechs unmittelbar nach der Niederkunft; jedoch für die Zeit vor der Niederkunft drei Viertel des Grundlohnes, so lange die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entlast ausübt.

Es sei hier auf den für die Arbeitnehmer wichtigen Absatz 2 des § 195a verwiesen, den die Kolleginnen jetzt, da die Erhöhung der Wochenunterstützung ihr bessere finanzielle Hilfe gewährt, sicher auch eher in Anspruch nehmen kann. Es heißt da:

"Die Dauer des Wochengeldbetrag vor der Erhöhung wird auf zwei weitere Wochen erhöht, wenn die Schwangere

während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Erst sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung, so hat die Schwangere gleichwohl Anspruch auf das Wochengeld von dem in dem örtlichen Bezugnis angenommenen Zeitpunkt bis zur Entbindung.

Eine wichtige Änderung erhält § 311 der NWG. Bis her wurde das Aussehen von der Arbeit vor der Entbindung nicht als Arbeitsunfähigkeit betrachtet. Ging die Entbindung entgegen einer ärztlichen Belehrung nicht innerhalb der sechs Wochen vor sich, so verlor die Schwangere ihre Ansprüche an die Kasse, falls sie nicht freiwilliges Kassenmitglied blieb. Heute ist eine Veränderung insofern eingetreten, als es im § 311 nicht mehr nur heißt:

"Arbeitsunfähige bleiben Mitglieder, so lange die Kasse ihnen Leistungen zu gewähren hat," sondern es kommt noch folgender Satz hinzu: "Das gleiche gilt für Schwangere und Wöchnerinnen, solange sie Anspruch auf Schwangeren- und Wochengeld haben, und nicht gegen Entgelt arbeiten."

Herner wurde § 1279 dahingehend geändert, daß bei der Entbindung nicht nur 8, sondern 12 Wochen in der Invalidenversicherung als geleistete Pflichtbeiträge angerechnet werden.

Das verbesserte Gesetz tritt am 1. Juni 1929 in Kraft. Wir erwarten von unseren Kolleginnen, daß sie nun überall in vollem Umfang von dem Mutterschuhgesetz Gebrauch machen. Bei der heutigen Arbeitsweise im Betrieb, durch die Schnelligkeit, Intensität und Einiformigkeit werden die Nerven- und Körperkräfte derartig in Anspruch genommen, daß die schwangere Arbeiterin nur unter den größten Unstreuungen und gesundheitlichen Gefahren in den leichten Wochen Erwerbsarbeit verrichten kann. Schlimme Folgen für Mutter und Kind sind dann oft das Ergebnis.

Der Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz ist zweifellos eine wichtige sozialpolitische Errungenschaft der Arbeiterklasse. Die Geschichte des Mutterschutzes ist interessant und lehrreich genug für jede Kollegin — aber auch für die Kollegen. Bereits am 11. April 1877 stellten im Reichstag die sozialistischen Abgeordneten einen Antrag auf Einführung einer Schönzeit für Schwangere auf drei Wochen vor und für Wöchnerinnen auf 6 Wochen nach der Niederkunft. Bis dahin gab es überhaupt noch keinen Mutterschutz. Im Jahre 1878 kam dann erst auf den erwähnten Antrag hin durch Gewerbeordnungsnovelle ein Verbot der Beschäftigung von Wöchnerinnen in den Fabriken vier Wochen nach der Niederkunft aufzustehen. Es wurde aber weder finanzielle Unterstützung, noch Rücksichtnahme gewährt. Mutter und Kind waren oft großer Not und Entbehrung ausgesetzt.

In Jahrzehntelangen Kämpfen ist es dann endlich gelungen, den Mutterschutz zu bessern und weiter auszubauen. Und heute hat die werdende Mutter ein Recht auf Schuh und Hilfe des Staates. Ein großer Mangel im Mutterschuhgesetz muß aber noch behoben werden, daß in die Einbeziehung der Landarbeiterinnen und Hausangestellten unter das Gesetz. Von den 11½ Millionen erwerbstätigen Frauen in Deutschland sind in der Landwirtschaft rund 43,3 Prozent und in häuslichen Diensten 12,5 Prozent Frauen beschäftigt. Also 55 Prozent aller erwerbstätigen Frauen, die in recht schwere Arbeit verrichten, müssen heute noch auf den geistlichen Mutterschuh verzichten, obwohl der Artikel 119 der Reichsverfassung, der den Schuh der Mutter feierlich verkündet — für alle Frauen gelten soll. Ein Zukunft wird es gelingen, daß alle arbeitenden Frauen den Vorzug dieser wichtigen Bestimmungen genießen und es wird weiter möglich sein, sonstige Lücken zu beseitigen, damit die Kolleginnen ganz von selbst ihre Ruhezeit beanspruchen.

Aber Vorbereitung für weitere Verbesserungen des Mutterschutzes sowie der gesamten sozialen Gesellschaft ist die Organisation der Frauen in den Gewerkschaften, die von jeder Kollegin ernsthaft betrieben werden muss. Solange die große Masse unserer Arbeitsschwestern wie überhaupt der prof. sozialistischen Frauen teilungslos dem politischen Geschehen und sogar den zu allernächstliegenden gewerkschaftlichen Bestrebungen gegenüberstehen, gestaltet sich alles recht schwierig und langsam. Sicher ist aber, daß die sozialpolitischen Errungenschaften sich in dem Maße vermehren, als die große Masse — und das sind besonders die Frauen — zur Erkenntnis ihrer Rolle im Klassenkampf gelangt. Jede Gewerkschaftskollegin kann hier wertvolle Pionierarbeit leisten, wenn sie will. Anna Sammert.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband.

Anfang Mai 1929.

Die Arbeitsaufnahme in den Lohnberufen hat die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes wesentlich verbessert. Nach der Statistik der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen von ihrem Höchststand am 28. Februar bis zu der zuletzt bekanntgegebenen statistischen Feststellung vom 20. April um circa 1,3 Millionen gesunken. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit vollzog sich in diesem Jahr weit schneller als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Allerdings war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen 1928 um 1,1 Millionen höher als im Vorjahr. Trotz der schnellen Abschaffung ist die Zahl der Arbeitslosen, selbst wenn nur die Unterstützungsbezieher berücksichtigt werden, immer noch Ende April um 436 000 höher als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigt folgende Übersicht:

	Bahl der unterstützten Erwerbslosen	Zahl der Grünen- unterstützten	Insges.
30. Dezember 1928	1 702 000	127 000	1 829 000
31. Januar 1929	2 220 000	145 000	2 365 000
28. Februar 1929	2 460 000	162 000	2 622 000
31. März 1929	1 885 000	192 000	2 077 000
20. April 1929	1 126 000	198 750	1 324 750

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten weiter anhalten. Es besteht aber die große Sorge, daß der Arbeitsmarkt infolge des allgemeinen Konjunkturabfalls das ganze Jahr hindurch ungünstig bleibt, daß die industrielle Rüstungsarmee in diesem Jahre bei weitem nicht soviel wie im vorhergehenden Jahr arbeiten werden müßte. Hundertausende werden sich vor den hauptsächlichen Breitmaßen der Unternehmung aus öffentlichen Mitteln ernähren müssen, anstatt vorzukommen. Die gesuchte Arbeit erhalten. Unsere sozialistische Organisation vertritt sie zum erwarteten Rückgang.

Zu den Rüstungsmaßen, die zum Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes und des Bergmannsverbandes gehören, in die Arbeitslosenverhältnisse einbezogen werden. Bei der Arbeitslosenstatistik wächstes Verbandes wurden Anfang Mai 461 111 Mitglieder, aber ca. 97 Proz. der Gesamtmitgliedschaft erzielt. 49 Jahrestellen mit ca. 14 000 Mitgliedern fielen in der Berichtsperiode aus. Die Berichtsstellen zeigen entweder zu fast oder gar nicht ein. Von den in der Statistik erfassten Mitgliedern waren insgesamt 47 000 oder 12,5 v. H. arbeitslos und 16 237 oder 3,5 v. H. arbeiten verfügt. Die Berichtsstellen für Anfang April waren 15,9 v. H. für Arbeitssuche und 5,9 v. H. für Kurzarbeiter, wobei ein Rückgang von 3,5 v. H. bei Kurzarbeitern und 1,7 v. H. arbeiten verfügt, also fast um die Hälfte niedriger. Während die Arbeitslosenzahl für die vollzählenden Mitglieder des Verbandes in der gleichen Zeit des Vorjahrs fast halb so hoch war, so ist dies in diesem Jahr auf 8,5%. Wie

sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende März 1929	Ende April 1929
	männl. weibl. insges.	männl. weibl. insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt . . .	16,4	13,9
In der Industriegruppe:		
Chemie . . .	7,4	12,2
Papier	5,5	6,9
Nahrungsmittel	12,9	18,5
Spielwaren usw.	27,5	18,3
Großtage	23,3	12,8
Keramischer Bund insgesamt . . .	24,5	16,3
a) Porzellan . . .	13,6	10,8
b) Glas	12,9	10,7
c) Grobkeramik,		
Baustoffe . . .	35,1	30,6

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verfügt:

	Ende März 1929	Ende April 1929
	männl. weibl. insges.	männl. weibl. insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt . . .	4,3	7,4
In der Industriegruppe:		
Chemie . . .	2,3	5,5
Papier	3,7	7,2
Nahrungsmittel	3,6	0,8
Spielwaren usw.	21,3	22,2
Großtage	2,3	7,7
Keramischer Bund insgesamt . . .	5,9	8,7
a) Porzellan . . .	14,9	11,4
b) Glas	4,3	9,8
c) Grobkeramik,		
Baustoffe . . .	3,5	2,7

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Industriegruppen unseres Verbandes zurückgegangen, am stärksten in der Gruppe Großtage. Über troß des Rückgangs leidet gerade diese Gruppe sehr stark unter der Arbeitslosigkeit. Während hier im Vorjahr nur 5,2 v. H. Arbeitslose gezählt wurden, waren es 1929 noch 15,6 v. H., also die dreifache Zahl. Konjunktur und Witterungseinflüsse haben die Arbeitsaufnahme sehr verzögert. Verhältnismäßig stark war der Rückgang in der Chemie. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit in der Keramik und Glas ebenfalls eingeschränkt worden, während die Papier- und Baustoffindustrie einen Rückgang eingetreten.

Nach der geographischen Verteilung ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch in Ostpreußen. Hier hat die Arbeitsaufnahme in der Baustoff-Industrie sehr spät eingesetzt. Aber auch für die Papierindustrie werden hohe Arbeitslosenzahlen ausgewiesen. Den günstigsten Stand zeigen die Bezirke Hannover und Westfalen mit je 6,1 v. H. Arbeitslosen. Hier ist die Arbeitsmarktlage in fast allen Gruppen recht günstig. Sehr ungünstig ist die Arbeitsmarktlage in der steinkohlerischen Industrie Mitteldeutschlands, auch in der Glasindustrie Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitsaufnahme in der Baustoff-Industrie Süddeutschlands erfolgt nur sehr langsam und äußerst langsam.

G. R.

Tagung der freigewerkschaftlichen Beamten.

Am 13. Mai war im Reichswirtschaftsrat zu Berlin der Bundesausschuß des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaften unter Auweichen von Vertretern der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten und zahlreichen Vertretern der Behörden zusammengetreten. Nach einem Reicrat des bekannten Verwaltungsbürokraten Dr. Carl Herz und dem Sachbearbeiter der Verwaltungsräten im Bundesvorstand Dr. Böltz wurde als Ergebnis der Arbeiten eines Verwaltungsreformausschusses eine Entschließung angenommen, in der die folgerichtige Durchführung des demokratischen Verfassungsgesetzes, der bisher nur in der Gelehrtengesetzgebung verwirklicht ist, für die Executive sowie eine Rationalisierung der Verwaltung gefordert wird. Zu einer weiteren Entschließung wurde den für die Reichsbahnvermögen verantwortlichen Gewerkschaften und Verwaltungen die Sympathie der freigewerkschaftlichen Beamenschaft ausgesprochen. In

einer Abendkundgebung sprach der österreichische Staatskanzler Dr. Karl Renner über "Die deutsche Nation, ihr Staat und seine Wehrkraft", der u. a. außerordentlich der Reichs- und Verwaltungsreform so offenherzig Stellung zu nehmen.

Leistungssteigerungen.

Im Rahmen der von der Reichsforschungsgesellschaft Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungsbau veranlaßten Tagung "Wohnungswirtschaft und Wirtschaftlichkeit im Bauwesen und der Wirtschaft" sprach Prof. Dr. Hirsch über das Thema "Der Nationalisierungsgedanke in der Wirtschaft". In diesem Vortrage machte der Redner über den Grad der Leistungssteigerung folgende Angaben: Die reale Leistung pro Kopf des Beschäftigten beträgt in Amerika, wenn man 1899 gleich 100 setzt, im Jahre 1928 für die Landwirtschaft 146, für die Industrie im ganzen 300, für den Bergbau einschließlich Holzaufbereitung 361. Auch in Deutschland sind seit der Stabilisierung bedeutende Leistungssteigerungen erzielt worden. So hat, wenn man 1913 gleich 100 setzt, die Leistung pro Kopf des Beschäftigten im Stahlbergbau trotz Verkürzung der Arbeitszeit 124 erreicht, im Eisenbergbau 162 und bei der Kraftfahrzeugherstellung 260. Im Baugewerbe ist die Leistungssteigerung pro Kopf nicht sicher festzustellen. Hier einer Berechnung kostet das Aufheben von Steinen, wenn es durch menschliche Arbeit erfolgen muss, für jede Pferdefräse Stunde 240 RM, während die latente Kraft der Kohle es für 0,25 und der Elektromotor für 0,15 RM leistet. Wenn im Durchschnitt in Gewerbe und Industrie auf 100 Beschäftigte etwa 150 Pferdefräste entfallen, im Bergbau 500, so sind es im Baugewerbe nur erst 80. — Zweifellos steht die Nationalisierung im Baugewerbe erst bevor. Prof. Hirsch sieht deshalb die größten Nationalisierungsmöglichkeiten der Zukunft in der Haushaltswirtschaft, dem Warenhandels- und dem Baugewerbe.

Steigende Aktientrente.

Das Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, schreibt in seinem Wochenbericht vom 4. Mai bei einem Überblick über die Verhältnisse der Dresdener Börse u. u. folgendes: "Obwohl das Geschäftsjahr 1928 durchaus im Zeichen der absteigenden Konjunktur stand, ist es doch den meisten Unternehmen gelungen wiederum ein befriedigendes Gewinnergebnis zu erzielen. Es verteilen: 45 Gesellschaften die gleiche, 21 Gesellschaften eine höhere und 12 Gesellschaften eine niedrigere Dividende als im Vorjahr. Der Durchschnitt der Dividenden beträgt für 1928 6,47 Proz., für 1926 6,31 Proz., für 1927 7,52 Proz. und für 1928 7,55 Proz." — Demnach hat die Steigerung der Dividenden trotz der ungünstigen Wirtschaftslage angehalten. Für die Berliner Börse gehandelten Papiere stellt die "Börs. Blg." fest, daß für Ultima April eine Steigerung der Aktienrente von 5,29 Proz. auf 5,64 Proz. eingetreten sei. Hierin spiegelt sich neben der Erhöhung der Dividende die rückläufige Bewegung der Börsenkurse im April wider. Waren im Jahre 1928 noch durchschnittlich 40 Proz. und im ersten Vierteljahr 1929 noch 24 Proz. aller Papiere ertraglos, so waren es im ersten Vierteljahr 1929 deren nur noch 21 Proz. Eine wesentliche Steigerung der Aktienrente ist aus diesen Berechnungen zu erkennen. Trotzdem nehmen die Klagen der Unternehmer über die geringe Rentabilität kein Ende.

Diskontenhöhung und Wohnungsbau.

Die Diskontermäßigung der Reichsbank hat naturgemäß auf den Kapitalmarkt tiefe Spuren hinterlassen. Um meistens werden von den Folgen derselben die Landwirtschaft und der Wohnungsbau betroffen. Für den Wohnungsbau werden zunächst die Zwischenkredite verteuert. Diese spielen bei der Finanzierung des Wohnungsbau eine nicht geringe Rolle. Schriftsteller ergeben sich naturgemäß auch bei den Hypothekarkrediten. Die Rückwirkung auf den Markt der festverzinslichen Wertes ist deshalb so stark, daß eine nennenswerte Spanne zwischen den täglichen Geldmarktfällen und der Verzinsung festverzinslicher Papiere nicht mehr besteht. Das Baugewerbe kann also sehr empfindlich durch die Diskontenhöhung getroffen werden. Dabei muß man beachten, daß im ersten Vierteljahr 1929 die Nettoposten für erfahrene Hypotheken bereits 10,25 v. H. betragen gegen 8,34 v. H. im Jahre 1927. Die Hypothekarkosten sind also gegenüber der Vorkriegszeit um das Doppelte gestiegen. Würde eine nochmalige Erhöhung des Reichsbankdiskonts vorgenommen, dann wäre dies für den Wohnungsbau katastrophal.

Reichsbahn verhindert Achtstundentag.

Bn. Bald nach seinem Amtsantritt hatte der Reichsinnenminister Seuring Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Biedereinführung des Achtstundentages für die Reichsbeamten in Aussicht gestellt. Alles Anschein nach ist auch ein entsprechender Vorschlag dem Reichskabinett unterbreitet, jedoch nicht verabschiedet worden, weil vor allem die Reichsbahngeellschaft energisch gegen die Durchführung des Achtstundentages Einspruch erhoben hat. Ebenso wie bei dem Lohnkonflikt der Reichsarbeiter ist es auch hier wieder die völlig unter kapitalistischen Einflüssen stehende Reichsbahngeellschaft, die jeden sozialen Fortschritt verhindert.

Einheitliche Lohnregelung in diesem Jahr für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur förmlich sein kann.

Auf Grund der eingetretene Verhältnisse zeigten sich bereits in den ersten Parteiverhandlungen der Gruppen fast unüberbrückbare Gegensätze, so daß trotz eifriger Bemühungen der Tarifkommissionen der Arbeitnehmer Verständigung nicht zu finden war. Lohnabfall in jüngerer Zeit bedeutet bestimmt eine Verhöhnung der Arbeitnehmer in der deutschen Weißhohlglassindustrie. Mit aller Schärfe wurde dies den Unternehmern mit dem Hinweis, daß der Wirtschaftskrieg willkürlich mit solchen Forderungen stark gefordert wird. Die Unternehmer haben nicht nur in den ersten Parteiverhandlungen an ihrem Lohnabfall festgehalten, sondern auch vor den zuständigen Schlichtern. Mit allem möglichen und unmöglichen von uns bestritten Material wurde die "schlechte" wirtschaftliche Lage der Weißhohlglassindustrie zu beweisen versucht. Was bei allen diesjährigen Verhandlungen an Tätern und Verhandlungen verloren wurde, müßte bald Veranlassung geben, eine Kollekte für die "armen" Glassfabrikanten der Weißhohlglassindustrie zu veranlassen.

Mit der gleichen Entschiedenheit haben wir an unseren eingetretene Forderungen festgehalten und den Nachweis erbracht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse aller Arbeitnehmer in der deutschen Weißhohlglassindustrie so liegen, daß Lohnhöhungen unbedingt zu erfolgen haben

prüchen hat man den Altkordarbeitern, die fundamental den Kero der Industrie bedeuten, trotz ihrer schweren Arbeit keine Lohnzulagen zugestanden und nur mit geringen Ausnahmen im Schiedsspruch für die Verbandsgruppe II, bei den Zeillohnarbeitern vollkommen unbefriedigende Regelung vorgeschlagen; eine rühmliche Ausnahme macht auch hier wieder der Schiedsspruch der Gruppe II, 3 bis höchstens 4 Proz. bei Höchstlöhnen für die Lohnerbeiter in der besten Gruppe von 65 Pf. sind keine eingeschlossenen Zulagen. Noch krasser wirken sich im Schiedsspruch der Gruppe IV und V die geringen Zulagen bei weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmern aus, solweit solche überhaupt gezahlt werden müssen. Die erzielte Nichtlohn-Erhöhung in den Vorschlägen der Lohnschiedssprüche der Gruppe II und V bringt für die Neuregelung von neuen Sorten eine Verbesserung; jedoch hätten auch hier die Schlichter die Verpflichtung gehabt, den Nichtlohn dem Antrage der Arbeitnehmer entsprechend im vollen Umfang festzulegen.

Den Arbeitgebern und den Schlichtern ist in Parteiverhandlungen des öfteren gesagt worden, daß unbefriedigende Ergebnisse zur Ablehnung führen müssen und die Entrüstung sie seit Monaten schon besteht, sich zum Sturm steigern könnte. Den Lohnschiedssprüchen der Gruppe IV und V ist bereits die Zustimmung unsererseits versagt worden. Der Anhänger dieser Schiedssprüche wirkt direkt provozierend. Beim Schreiben dieser Seiten befassten sich die Kollegen der Gruppe IV in einer besuchten Konferenz mit der Angelegenheit, und durften bei der vorhandenen Stimmung in den Betrieben Beschlüsse gesetzt werden, um auf anderem Wege unseren berechtigten Forderungen zum Recht zu verhelfen.

Hoffen wir, daß noch in letzter Stunde die Arbeitgeber einsehen, daß sie sich mit den Gewerkschaften erneut an den Verhandlungstisch zu setzen haben, damit es noch zu Vereinbarungen kommt, die für beide Seiten tragbar sind. Gleiches gilt nicht, dann werden wir in der deutschen Weißglasindustrie in den nächsten Wochen mit Störungen zu rechnen haben, die sich nicht nurbringend für die Industrie und für die deutsche Volkswirtschaft auswirken werden. Mögen diese Zeiten dazu beitragen, daß der Schlichter, der für die Verbandsgruppe I nächste Woche Rechtsprechung schaffen soll, nicht durch einen weiteren unmöglichen Spruch mit dazu befragt, die Gewerberückung noch zu steigern. Würde auch dieser Spruch so ausfallen wie in den Verbandsgruppen IV und V, dann müßte angenommen werden, daß augenblicklich nicht nur die Arbeitgeber der Weißglasindustrie den Maßstab verloren haben darüber, wie es einem Arbeiter zunutze ist, am Wochenende bei Empfangehören seines wenigen, so schwer verbreiteten Wochenlohnes, sondern auch, daß die Herren Schlichter stark im sozialen Empfinden verloren haben.

Mögen die Weißglasindustriellen noch rechtzeitig zur Erkenntnis kommen, was sie bei dem augenblicklichen Stand der Lohnbewegung zu tun haben, ehe es zu spät ist. Unsere Kollegen werden am Vorachen der Industriellen in diesem Tarifjahr erneut erkennen müssen, daß wir den jeweils auftauchenden Fakturkosten nur die geschlossene Kraft der Arbeitnehmer in ihrer Organisation wirksam entgegenstellen können. M. R.

Die Internationale der Maschinenglas-Fabriken.

Von Fritz Hansen, Berlin-Lankwitz.

Die Flutwelle von Internationalismus, die durch die Welt geht, kommt am treffendsten in den großen Interessengemeinschaften unserer Industrie zum Ausdruck. Diese zeigen, daß die wirtschaftliche Position ein entscheidendes Kriterium bildet, als die nationale Zugehörigkeit, die schön und gut ist, aber Interessenkonflikte nicht aussiegt. Die Arbeiter führen diese Erkenntnis in ihren Programmen des längeren aus: die Industriellen befürchten sich darauf, sie anzuhören. Das zeigt sich auch in der Glasindustrie.

Vor einiger Zeit wurde in den Tageszeitungen berichtet, daß ein der General Motors Co. gehörendes Konsortium bestrebt ist, in Deutschland die Fabrikation von Glas auszuweiten. In den Bestrebungen der Amerikaner, auch in der europäischen Glasindustrie Fuß zu fassen, wird allerdings in Europa zum Ausgangspunkt für die Beteiligung nicht Deutschland geführt, sondern Belgien, das bekanntlich in der Glasindustrie Europas eine führende Stellung einnimmt. Die Compagnie Internationale pour la Fabrication Mécanique du Verre, mit Sitz in Brüssel, ist die von den Amerikanern und mit finanzieller Unterstützung führender belgischer Industrieller und Banken geschaffene Zelle, von wo aus die industrielle Tätigkeit Amerikas auf dem Gebiete der Glasherstellung in die europäische Wirtschaft ausströmt.

Ein Beweis dafür ist ein Bericht über die Beteiligung des Solvay-Konzerns, dessen wichtigste Transaktion in der Glasindustrie die Erwerbung der Mehrheit der Libbey-Owens Sheet Glass Co., also der amerikanischen Spitzengesellschaft für das Libbey-Owens-Versfahren durch die amerikanische Schwestergesellschaft der Mutual, die Solvay American Investment Corp. war. In Europa sind neue Vereinbarungen in der Glasindustrie getroffen worden. Erwähnt werden die Compagnie Internationale pour la Fabrication Mécanique du Verre (Procédés Libbey-Owens), die europäische Spitzengesellschaft, weiter die Société Franco-Belge pour la Fabrication Mécanique du Verre, die Société Italiana Vetri e Cristalli, die Compania Espanola para la Fabricación Mecánica del Vidrio und die Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung, sowie die neu gegründete Cie. Internationale de Gobeletarie Inébréchable (Procédés Libbey Glass), deren Fabrik in Soignies 1929 in Betrieb kommt.

Bei der überragenden Bedeutung dieser Internationale der Glasfabrikation verloht es sich, auf deren Organisation näher einzugehen, über die im „Recueil Financier“ berichtet wird.

Die Compagnie Internationale pour la Fabrication Mécanique du Verre ist eine Gesellschaft, die in Brüssel am 30. April 1921 gegründet wurde. Ihr Gegenstand ist die Herstellung von Glas nach den Patenten und Verfahren Libbey-Owens.

Die Libbey-Owens Patente stammen von The Libbey-Owens Sheet Glass Company, in Toledo U. S. A.; die amerikanischen Stammpatente Nr. 1 160 692 und 1 248 809, die inzwischen auch in den verschiedensten europäischen Staaten geschützt werden sind, bilden die Basis zu diesen Verfahren.

Das Stammkapital der belgischen Gesellschaft beträgt 20 000 000 belgische Franken und ist eingeteilt in 132 000 Stammaktien zu 500 Franken, 18 000 privilegierte Aktien zu 500 Franken und 36 000 Gewöhnliche Aktien ohne Angabe des Wertes. Die Stammaktien sind in der Hauptrache gezeichnet worden durch die Société Mutualie Mobilière et Immobilière in Brüssel, die eng verbunden ist mit der bekannten belgischen Solvay-Gruppe, die Société Générale de Belgique, die Banque de Bruxelles, die Société Financière de transports et d'entreprises industrielles, und verschiedene andere Personen bzw. Gesellschaften mit kleineren Beteiligungen. Herauszuhoben ist, daß die beiden Banken die größten Taten Belgiens sind, und daß die Société Financière de transports et d'entreprises industrielles, die sich in der Hauptstrecke auf dem elektrischen Wirtschaftsgebiet befindet, im vorigen Jahre unter Mitwirkung des bekannten Finanziers Dr. Heinemann gegründet wurde.

Die 18 000 privilegierten Aktien und die 36 000 Gewöhnlichen sind der amerikanischen Firma The Libbey-Owens Sheet Glass Company als Gegenwert für das Einbringen der Patente zuerteilt worden. Die Company hat ferner, als Bedingung für das Einbringen der europäischen Libbey-Owens Patente, die Verpflichtung übernommen, innerhalb eines Zeitraumes von 8 Jahren nach Gründung der Brüsseler Gesellschaft, mindestens 40 Libbey-Owens-Maschinen in Europa zu errichten.

Die belgische Hütte befindet sich ungefähr 2½ km von dem belgischen Städchen Woll entfernt und liegt auf dem Schmelzrand und der Gas Kohle in dem kleinen Orte Gompel, wo der Kanal Hasselt-Antwerpen den Eisenbahnstrang nach Antwerpen kreuzt.

Außer der belgischen Gesellschaft sind inzwischen folgende Gründungen in Europa vorgenommen worden:

In Frankreich die Société Franco-Belge pour la Fabrication Mécanique du Verre, mit Sitz in Lyon; in Spanien die Compañía Espanola para la Fabricación Mecánica del Vidrio, mit Sitz in Barcelona; in der Schweiz die Compagnie des Verrieres de Moutier pour la Fabrication Mécanique du Verre, mit Sitz in Montier; in Italien die Società Italiana Vetri e Cristalli, mit Sitz in Turin; in Deutschland die Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung A. G. (Delog) in Gelsenkirchen.

Im einzelnen sei hervorgehoben, daß bei dem belgischen Unternehmen seit dem 1. Januar 1924 zwei Öfen in Betrieb waren und daß an diesem Zeitpunkt die eigentliche industrielle Tätigkeit in Belgien mit Erfolg begann. Bereits in den ersten Tagen des Monats Mai 1924 wurde ein dritter Ofen in Betrieb gesetzt. Die Öfen werden mit Kokereigas geheizt; die Feuerung hat sich sehr gut bewährt. — In 1924 blieben 3 Öfen mit sechs Ziehmaschinen in Betrieb. Inzwischen hatte die Libbey-Owens Sheet Glass Company in Toledo ihr Verfahren bezüglich Polieren des gezogenen Dickeglases praktisch durchgeführt so daß an diesem Zeitpunkt an die Einführung dieses Verfahrens in den Betrieben gedacht werden konnte, und wurde dann auch die entsprechende Einrichtung für das Polieren des gezogenen Dickeglases in Belgien fertiggestellt. Im Mai 1926 wurde ein vierter Ofen in Betrieb genommen und zu Beginn des Monats September ein fünfter Ofen. Ein erbauter sechster Ofen blieb in Reserve. Die im Jahre 1926 eingeführte Einrichtung zum Schleifen und Polieren des gezogenen Dickeglases wurde im Jahre 1927 in Betrieb genommen.

Nachstehende Zahlen geben einen Überblick über die finanziellen Ergebnisse der belgischen Gesellschaft:

Geschäftsjahr	Bruttogewinn	Ausbez. Dividende
1924—25 . . .	7 424 400,15 Fr.	1 920 000,—
1925—26 . . .	14 263 221,28 Fr.	1 920 000,—
1926—27 . . .	21 107 705,01 Fr.	7 200 000,—

Die Schweizer Gesellschaft hat ihren Betrieb im September 1923 aufgenommen. Die Ergebnisse dieses Unternehmens scheinen an den erhofften Erfolg nicht herangekommen zu sein. Infolge der hohen schweizerischen Währung blieben die Selbstkosten hoch, und die Verkaufspreise mußten wegen der auftretenden Konkurrenz entsprechend niedriger gehalten werden. Während der Jahre 1925—1927 haben sich die Verhältnisse etwas verbessert. — Das Kapital der Gesellschaft beträgt 2 500 000 schweizerische Franken. —

In Spanien wurde der Betrieb im September 1925 aufgenommen. Sei Beginn der Fabrikation wurden interessante Ergebnisse erzielt, so daß bereits Ende Dezember 1926 8 Proz. Dividende ausbezahlt werden konnten. Das Kapital des spanischen Unternehmens beträgt 8 000 000 Pesetas.

Die französische Hütte wurde in St. Etienne errichtet und im April 1925 in Betrieb gesetzt. Eine zweite Hütte wurde in Lens errichtet und im Juli 1926 in Betrieb genommen. Die Hütte in Lens arbeitet ebenfalls mit Kokereigas. — Die Herstellung des Spiegelglases in Frankreich wurde im Jahre 1927 aufgenommen. — Das Stammkapital der französischen Hütten beträgt 50 000 000 fr. Franken.

Die Betriebsstätte in Italien befindet sich in Mestre, am Hafen von Venedig. Der erste Ofen wurde im Februar 1925 in Betrieb genommen, ein zweiter Ofen im Dezember 1926. — Für Italien ist ebenfalls die Aufnahme der Spiegelglassfabrikation beschlossen worden.

Die deutsche Betriebsstätte wurde in Röthhausen bei Gelsenkirchen errichtet und zu Beginn 1927 in Betrieb genommen. Die Gewerkschaft Dahlbusch, die in Interessengemeinschaft mit der Libbey-Owens-Gruppe ist, liefert das Gas aus ihren Kokereibetrieben. Das Kapital der deutschen Niederlassung beträgt 10 500 000 RM. Wie bekannt, ist die Deglog dem Verein Deutscher Ziegelglashütten in Frankfurt a. M. und dem Verein Deutscher Spiegelglashütten in Köln a. Rh. beigetreten.

Flaschenindustrie-Lohnbewegung.

Dem am 4. Mai 1929 ergangenen Schiedsspruch haben die Arbeitgeber ihre Zustimmung verliehen mit der Begründung, daß die neue Belastung für die Flaschenindustrie nicht tragbar wäre und deshalb weitere Stilllegungen, vor allem der handarbeitenden Betriebe, zu erwarten seien. Die Tarifkommission hat sich mit der Branchenleitung nach Bekanntwerden der Ablehnung dahingehend verständigt, sofort die Verbindlichkeit des Schiedsspruches zu beantragen. In unserem schriftlichen Antrage an das Reichsministerium auf Verbindlichkeit des Schiedsspruches haben

wir nach § 23, Ziffer 1 der Schlichtungsordnung nicht nur das öffentliche Interesse seitgestellt, sondern verlangt, daß aus sozialen und Wirtschaftsgründen die Verbindlichkeit ausgesprochen werden muß, da Wirtschaftskämpfe im heutigen Zeitpunkt den beteiligten Parteien, sowie auch der deutschen Volkswirtschaft nicht dienlich sein können.

Am 16. Mai fanden die Verhandlungen über die von uns beantragte Verbindlichkeit des Schiedsspruches im Reichsarbeitsministerium im Beisein der Tarifkommission und einer großen Anzahl Arbeitgebervertreter statt. Noch einmal haben wir ausführlich unser Standpunkt zur beantragten Verbindlichkeit begründet und von den Arbeitgebern verlangt, daß sie dem Schiedsspruch in den Verhandlungen die Zustimmung zu geben haben, damit die Verantwortung nicht einem Unbeteiligten, in diesem Falle dem Herrn Reichsarbeitsminister, allein überlassen bleibt. In unserem Nachweis konnten wir anführen, daß die augenblicklichen sonderbaren Verhältnisse für die deutsche Flaschenindustrie nicht ungünstig liegen, und die Jahresabschlüsse der verschiedenen Altstiftsgesellschaften beweisen, daß den Arbeitern ein größerer Anteil am Lohn vom Gesamtvertrag gewährt werden muß. Mit allen möglichen Darstellungen versuchten die Arbeitgeber ihre schlechte wirtschaftliche Lage zu begründen. Befreiten konnten sie nicht, daß die Arbeitnehmervertreter mit ihrer Beweisführung zum Antrage der Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruches in den wesentlichen Punkten Recht haben. Trotz aller wurde eine Verständigung abgelehnt, und es ist erst nach Stundenlangen Beratungen und dem geistigen Vorgehen des bestellten unparteiischen Vorsitzenden zu danken, daß in letzter Minute von beiden Parteien der Schiedsspruch anerkannt wurde mit einer geringen Umänderung in der Ziffer 5, die sich materiell für beide Teile kaum auswirken dürfte.

Die Lohnbewegung in der deutschen Flaschenindustrie ist für das Jahr 1929 damit für den größten Teil der Beschäftigten beendet. Es werden allerdings aus Gründen verschiedener Bestimmungen im Schiedsspruch sich in Betrieben mit Handmaschinen und vollautomatischen Maschinen über die Neufestsetzung von Altkordolöhnen nach den Bestimmungen des Schiedsspruches weitere Verhandlungen als notwendig erweisen. Durch die mündlichen Abmachungen in den Verhandlungen unter den Parteien bereits Klärung besteht, wie die Berechnungen vorgenommen werden sollen, so dürfen diese Verhandlungen zu weiteren Schwierigkeiten nicht führen, zumal bei austauschenden Meinungsverschiedenheiten das tarifliche Schiedsgericht zur Entscheidung angerufen werden kann.

Wenn die Lohnbewegung in der deutschen Flaschenindustrie auch nicht volle Befriedigung bei uns auslösen kann, so steht doch fest, daß wir durch die einheitliche, geschlossene Haltung unserer Kollegenschaft in den Betrieben und durch das gemeinsame Handeln der Tarifkommission mit der Branchenleitung zu einem beachtlichen weiteren gewerkschaftlichen Erfolg gekommen sind. Dieser darf uns aber nicht verlassen, im Beharrungszustand zu verbleiben, sondern die Lehren aus allen Verhandlungen zeigen, daß zum weiteren Aus- und Umbau der Lohnordnung und Lohnverhältnisse in der deutschen Flaschenindustrie noch große Arbeit zu leisten ist, damit, nach Kategorien beurteilt, eine größere Einheitlichkeit in Zukunft zutage tritt. Um diese Einheitlichkeit zu fördern, wird die Branchenleitung rechtzeitig in befreiteten Sitzungen mit der Kollegenschaft die notwendigen Vorarbeiten zu treffen haben. M. R.

Neuhau a. Rwg.

Der Kollege Hermann Richter ist am 11. Mai im Kreiskrankenhaus Sonneberg einer schweren Blutarmoperation zum Opfer gefallen. Die Neuhauser Arbeiterschaft und besonders die Glasbläserheimarbeiter verlieren in Kollegen Richter einen ihrer allerbesten. Vielseitig lang vertrat er als 1. Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes die Zahlstelle Steinach-Neuhau a. Rwg. in musterhafter Weise und war bei den Verhandlungen in der Glasflaschenindustrie seinen Kollegen stets ein leuchtendes Vorbild. Wo er hingestellt wurde, legte er sein Ganzes für seine Kollegen ein. Bewußt und zielfest war sein Auftreten, so daß sich dadurch unser Freund Richter das Vertrauen aller Klassebewußten Arbeitern weit über die Zahlstelle Steinach-Neuhau a. Rwg. hinaus gewonnt. Auch seine Kollegen im Ortsausschuß des ADGB für den Amtsgerichtsbezirk Steinach hatten ihn liebgewonnen und achten ihn. Es gab selten einen Kollegen bei den Tarifverhandlungen, der den Arbeitgebervertretern so entgegentrat, wie unser Freund Richter. Zahrelang wurde er deshalb von den Arbeitgebern von der Arbeit ausgeschlossen und manche bittere Wille mußte er mit seiner Familie schlucken. Aber trotzdem verlor er nie den Mut, und das Vertrauen, das ihm die Neuhauser Arbeiterschaft geschenkt hatte, sprachte ihn immer mehr an. Viel, sehr viel, haben ihm deshalb seine Glasbläserkollegen zu verdanken. Wir verlieren in Hermann Richter einen aufrichtigen Freund und Kollegen, der keinen Menschen hassen konnte. Sein aufrichtiger und ehrlicher Charakter sichert ihm auch den Dank aller derjenigen, die ihn gekannt und viele Jahre mit ihm gearbeitet haben. Unvergänglich wird er uns allen bleiben! Ehre seinem Andenken!

Eigenarten der thüringischen Porzellanindustrie.

In den vorausgegangenen Artikeln wurden der Rückgang der thüringischen Porzellanindustrie und die Ursachen dazu behandelt. Das geschah, um auf die nicht erfreuliche Entwicklung dieses Industriezweiges hinzuweisen und um die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Vorgängen zu unterrichten. Da selbst in den Kreisen der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen anderer Gebiete, wo meist die Gebrauchsgegenstände dominieren, keine rechte Kenntnis über die Mannigfaltigkeit der thüringischen Porzellanindustrie vorhanden ist, muß es ganz kurz einmal ange deutet werden, was in den thüringischen Porzellanfabriken alles gemacht wird. Geschirr, z. B. Tassen und Tellern, fertigte 8643 Beschäftigte, Porzellan im engeren Sinne fabrizierten 4688 Arbeiter und Arbeiterinnen, mit dem Anfertigen von Spielwarenporzellan waren 1659 Arbeiter betraut. Technisches und Elektrotechnisches Porzellan wurde von 1055 Arbeitern gemacht. Von 19 539 Porzellanarbeitern in Thüringen waren 1926 noch nicht die Hälfte in der Geschirrporzellanindustrie tätig, 39 Betriebe fabrizierten ausschließlich Geschirr, 33 ausschließlich Luxusporzellan, 9 ausschließlich Spielwarenporzellan, 2 ausschließlich technisches oder Sanitätporzellan, 9 ausschließlich elektrotechnisches Porzellan, und 42 sind gemischt Betriebe gewesen. Unter den insgesamt 136 Betrieben sind 10 mit weniger als 10 Arbeitern, 27 mit 11 bis 50 Arbeitern, 32 mit 51 bis 100 Beschäftigten, 39 mit 101 bis 200 Beschäftigten, 23 mit 201 bis 500 Beschäftigten und 5 Betriebe mit über 500 Arbeitern. Von den 5 Großbetrieben existiert jedoch einer, und zwar Fraureuth nicht mehr, wo 880 Arbeiter tätig waren.

In der thüringischen Porzellanindustrie sind nur 16 Aktiengesellschaften, darunter die Kahla A. G. mit Werken in Thüringen, in Kahla, Hermsdorf und Rauenstein. Die älteste Porzellanfabrik ist die Kahla A. G. mit Werken in Thüringen, in Kahla, Hermsdorf und Rauenstein. G. m. b. H. konnten 18 ermittelt werden. Konzernwerke sind die der Kahla A. G. und die der Kleinsten Porzellanfabrik, Neuhau a. Rwg. als Sonderart der thüringischen Porzellanfabriken sind also

auf sich selbst gestellte Privatfabriken. In der bayerischen Porzellanindustrie kann man annehmen, daß 80 Proz. der dortigen Porzellanerzeugung konzernmäßig gebunden ist, während es in Thüringen gerade 20 Proz. sind.

Die thüringischen Porzellanfabriken stehen in bezug auf Qualität auch nicht an erster Stelle. Die Geschirrfabriken machen eine minderwertige Ware; im besten Luxus sind nur einige Fabriken eingerichtet, und in der elektrotechnischen Porzellanindustrie kommen nur die Werke mit Hochspannungsteile als Qualitätsfabriken in Frage. Der übergroße Teil der thüringischen Porzellanfabriken steht mit seinen Ergebnissen nicht an der Spitze der besten Qualitätsleistungen. Dieser Umstand gehört mit zu den Nachteilsgütern eines Teils der thüringischen Porzellanfabriken irischer Natur.

Der thüringische Porzellanindustrie finden wir auch ein nachteiliges Balkabel, die es in minderwertige Ware; im besten Luxus sind nur einige Fabriken eingerichtet, und in der elektrotechnischen Porzellanindustrie kommen nur die Werke mit Hochspannungsteile als Qualitätsfabriken in Frage. Der übergroße Teil der thüringischen Porzellanfabriken steht mit seinen Ergebnissen nicht an der Spitze der besten Qualitätsleistungen. Dieser Umstand gehört mit zu den Nachteilsgütern eines Teils der thüringischen Porzellanfabriken irischer Natur. Eine andere Eigentümlichkeit der thüringischen Porzellanindustrie ist, daß sie in diesem Zusammensetzung auch noch festgehalten werden. Sie besteht darin, daß Mädchen und auch Burden aus entlegenen Gegenden an den Montagen mit Bord und Rucksack voll Proviant ausgerüstet, mit der Pack und mit Autobussen in die Fabrikarbeiterfabriken, in den Fabriken für die Werkzeugmaschinenfabrikationsanstalt erholten

diese Unterkunft und die dauernde Obhut der Firma, das Verbotenheit der persönlichen Freiheit läßt bei den so behandelten Arbeitern keinen Kampfgeist und keinen Freiheitsdrang auskommen. Diese und andere Umstände führen dazu, daß die Firmen aus diesem Verhältnis profitieren. Zeitgemäß können diese Zustände nicht mehr genannt werden, aber ehe die Wahlabschaffung oder gar die gewerkschaftlichen Organisationen den Unternehmern diese Fürsorge und Wohltätigkeit abnehmen können, werden wohl nach Jahrzehnten vergehen. Solange die Arbeitnehmer und Arbeiter diese Bedürfnislosigkeit und Unterwürfigkeit an den Tag legen, wird es nicht leicht sein, ihnen helfend beizubringen.

Ein sonderbares Unternehmertum sind auch die thüringischen Porzellansfabrikanten mit seltenen Ausnahmen. Vor drei und vier Jahrzehnten noch ahmten sie höfische Sitten nach. Es gab welche, die führten sechs- und achtjährigen auf Besuch zu Bekannten. Von den Söhnen mußte möglichst einer Offizier werden. Und die Hauptmanns und Majoras — höher kamen sie nicht — sparten sie heute noch in Fabrikantenkreisen herum. Mancher Offizier lag der Familie später auf dem Geldbeutel. Früher war auch allgemeine Regel, 10 Jahre eine Porzellansfabrik haben, genügte zum Millionär.

So mancher thüringischen Porzellansfabrik kann man von außen ansehen, wie sie im Laufe der Jahrzehnte geworden ist. Sind für Stück haben sich welche erweitert, nur selten zu einem zeitgemäßen modernen Betrieb. Es gibt sogar Porzellansabrikanten, die stolz darauf sind, daß ihre Mauern aus verbrauchten Gipsformen bestehen.

So wie die Betriebe und die Dörfer, so sind auch die Porzellansabrikanten. Sie können sich diebisch freuen, wenn sie einander neue Muster kündigen können, wenn sie Arbeiter und Arbeitnehmer um Pfennige zu überbietet vermögen, wenn sie der Steuerbehörde ein Schnippchen schlagen, wenn sie ihre Rückständigkeit bejammern und auf die fremdländischen Porzellansabrikanten schwören können. Im Sammern und Wehrlagen über ihr industrielles Schicksal sind sie Meister, sogar Genies, und einig sind sie sich in diesen Punkten wie die Trojaner. Wenn sie diese Größe und Genialität industriell auswerten könnten, stände es um die thüringische Porzellansindustrie günstiger und besser. Aber so!

Gegenwärtig steht es so: Die Pfeifenkopffabrik ist tot, die Biergläserfertigung ebenfalls, die Reiseandenkenmalerei alter Art wird den gleichen Weg gehen. Auch beim Zweig der Kinderwarenbranche läßt bald eine Neuertung Platz greifen, sonst geht es auch mit ihr bergauf. Die Nippeszeit ist vorbei. Mit den alten Nippes wird bald kein großes Geschäft mehr zu machen sein. Bei der Geschirrindustrie hofft's, weil in den Betrieben die technischen Voraussetzungen fehlen und weil vor allem fortgeschrittenere Fabriken die Geschäfte machen und Käufleute erhalten.

Bisher taten sich die thüringischen Porzellansabrikanten etwas daraus zugute, recht vielfältig zu sein, sie machten alles und jedes. Das trug dazu bei, daß sie nun viel, aber nicht alles machen können, weil sie die Spezialkräfte nicht haben, die zur höchsten Qualitätsleistung gebracht werden. Das keramische Streben ging verloren und so mancher Nachteil entstand. Diese Vielfältigkeit brachte keine Industriedrucke. Einiges spezialisierten hätte sicher anregender gewirkt. Außerdem war auch die Beschäftigungszeitung ein Nachteil, denn die Familien gehörten an ihrem Eigentum fest und gaben den Weg nicht zur Entwicklung frei. So mancher Direktor hätte gern industriell gewirkt und wäre vorwärts gegangen, aber die Familienaktionäre gaben nicht die Bewegungsfreiheit zur zeitgemäßen Beziehung. Mittel und Einverständnis wurden so manchem Direktor vorenthalten. Aber auch die Fabrikantinnen hatten keinen Ehrer in sich, die Werke zu fördern, sich die keramischen, faustmännischen oder künstlerischen Vorbedingungen anzueignen, um inhaltliche Wirkungsmöglichkeiten auszunützen. Also Mängel über Mängel, die in dem allgemein geschilderten Stand der thüringischen Porzellansindustrie begründet sind und die von allen Seiten als gottgegeben hingenommen werden.

Die Porzellansarbeiterchaft darf sich auf keinen Fall in dieses trage Fahrwasser treiben lassen, sonst muß sie zu stark darunter leiden. Es ist ja schon jetzt so weit, daß die Unternehmer im allgemeinen und darunter auch die Porzellansabrikanten, verlangen, der Arbeiter soll seinen Lohn vermindern lassen, damit es den Fabrikanten in jeder Hinsicht wieder besser geht. Würden die Arbeiter Erbarmen haben, so würden die Unternehmer noch jämmerlicher werden und sich um nichts mehr kümmern. Die Lohnbewegungen der Porzellansarbeiterchaft sind in der thüringischen Porzellansindustrie fast nur allein die Antriebskraft für das Weiterkommen, sonst wäre ein rohdreher Riedergang die Folge. Dafür darf es nicht kommen. Kollegen und Kolleginnen, treibt die Porzellansabrikanten vorwärts, macht die Leistungsfähigkeit mobil, damit die Industrie am Leben bleibt. Braucht sie zur Anwendung moderner Hilfsmittel. Dadurch wird ermöglicht, daß wenigstens die Porzellansarbeiterchaft ihre Arbeitsstellen und die Lebensexistenz verlieren. Das muß getan werden, ehe es zu spät ist.

Edwin Renniger.

Steingutfabriken Velten-Bordam.

Auf der Ausstellung "Gas und Wasser" in Berlin, die bis zum 21. Mai geöffnet ist, haben die Steinzeugfabriken Velten-Bordam einen Musterbetrieb zur Herstellung von bemalten Blumentöpfen in Tätigkeit. Kunstgewerblerinnen führen vor, wie Blumentöpfe aus der Töpfereihe gedreht, dann zugeschnitten, gebrannt und gemalt werden.

Was uns dabei interessiert, ist weniger die Geschicklichkeit der Arbeitnehmer, die immer wieder neue keramische Säckchen herzustellen, sondern der Trocken- und Brennofen der Firma Benno Schilde - Hetsfeld. Der Brennofen ist ein einsamer Ofen, der Feuergas und Luft, automatisch zugeführt, erzielt wird. Die Werkgeräte der Firma Siemens und Halske ermöglichen genaue Kontrolle beim Brennen. Die gesamte Anlage ermöglicht eine große Verkürzung des Fabrikationsganges. Wenn früher der Fabrikationsgang nach den beschriebenen Methoden 10—14 Tage dauerte, davon 36—40 Stunden allein Brennen, so ermöglicht die genannte Anlage eine Brennzeit von 2 Stunden und einen Fabrikationsdurchlauf von 2—3 Stunden. Das ist in unserer jetzigen Zeit ein erheblicher Fortschritt, wo es immer mehr kommt, besonders in allen Gewerbezweigen, den Kapitalismus zu zerstören, weil ein zu langwieriger Kapitalist in einer Zeit mit so vielen Geldverhältnissen unzureichend ist. In einer Ausstellung, wo keine Aussteller in Frage kommen, wo Verstellung und Betrug ohne Abwehrmauer auftreten müssen, wo kein Rahmenziel vorliegt, zerstört ein Bruch ist das große Wirtschaftsproblem, obwohl das heimliche Regierungssystem natürlich bald anfangen geht. Wenn etwas Kleines für die Wirtschaft möglich wäre, könnten große Ausgaben rasch und kostengünstig werden.

Wenn es auch in der allgemeinen Keramik Herstellung und Vertrieb nicht so rasch hinzuwachsen können, so müßte noch dort in der Ausstellung reale helle Werdegang des keramischen Produktes in die Praxis übertragen werden. Das wäre eben ein großer Vorteil. Ein deutscher Gewerbeverein, die Stein- und Porzellanherrstellung, müßten daraus lernen und sich bewußtsein, in der Fabrikation aufstellen auf neuzeitlichere Erfindungen.

Es ist erstaunlich, daß die Steinzeugfabriken Velten-Bordam in der vorliegenden keramischen Entwicklung nichts einzurichten und zu erreichen geben, die erwartet werden. Noch höhere Erfolge könnten wir ihr wünschen, wenn sie auch in jüngster Zukunft einen so reichen Betriebserfolg zeigen werde. Wir hoffen aber weiter, daß fruchtbare Berichte auch nach dieser Richtigkeit unterbewiesen werden.

E. R.

Mousang abgeblitzt.

Der frühere Direktor der staatlichen Porzellansmanufaktur Dr. Mousang, hatte gegen seine fristlose Entlassung durch das preußische Handelsministerium beim Arbeitsgericht Einspruch erhoben und beantragt festzustellen, daß sein Vertrag der ursprünglichen Ablösung gemäß Gültigkeit habe bis zum 1. April 1932. Nachdem der Sühnetermin, der vor 14 Tagen stand, zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht geführt hatte, verhandelte nunmehr die vollbesetzte Kammer erneut über die Streitfrage. Nach eingehender Verhandlung, in der beide Parteien ausführlich zu Worte kamen, verkündete das Arbeitsgericht nach längerer Beratung sein Urteil dahin, daß die Klage des Dr. Mousang gegen das preußische Handelsministerium abgewiesen werde.

In der Begründung des Urteils heißt es, daß die Vorwürfe der Beklagten gegen Dr. Mousang nach Auffassung des Arbeitsgerichts im wesentlichen als erwiesen angesehen seien. Sie seien so schwerwiegend, daß die fristlose Entlassung gerechtfertigt sei. Die Verfehlungen, deren der Kläger sich auch nach seinem eigenen Eingeständnis schuldig gemacht habe, seien in der Tat geeignet, daß Vertrauen, daß die mit so außergewöhnlichen Nachbeschlüssen ausgestattete Stellung Dr. Mousangs in besonderem Maße verlange, zu erschüttern. Es sei unter solchen Umständen der Beklagten nicht angemessen, mit Dr. Mousang weiter zusammenzuarbeiten, dies umso mehr, als es sich bei der staatlichen Porzellansmanufaktur um ein Unternehmen handle, das mit öffentlichen Geldern wirtschaftete.

Rauenstein.

Nachdem die Porzellansfabrik Rauenstein zu Weihnachten 1928 stillgelegt worden ist, scheint es außerordentlich schwer zu halten, sie wieder in Gang zu bringen. Die Generaldirektion in Kahla scheint sich der Schwere der Dinge nicht ganz bewußt gewesen zu sein, denn bis jetzt ist man mit der Einstellung von Fachleuten sehr sparsam gewesen. Nach dem Weggang des Herrn Direktor Leuthäuser hat man bis jetzt schon den zweiten Chef, und auch die glorreiche Zeit des Betriebsleiters Alois scheint endgültig vorbei zu sein. Die Verdienstleistungen des Herrn Alois haben also doch nichts genutzt. Es mag sich dies Herr Alois für seinen ferneren Wirkungsbereich merken. Es ist sonderbar, daß es nicht möglich ist, den Betrieb wieder auf die Beine zu bringen, trotzdem man versucht die männlichen Arbeiter aus dem Betrieb fernzuhalten. Man sieht also, daß auch ein Betrieb mit leistungsfähigen Arbeitern und niedrigen Löhnen nicht aufrecht erhalten werden kann, denn wie der Lohn, so die Arbeit. Hier soll man sogar versucht haben, schulpflichtige Kinder mit zur Arbeit heranzuziehen. Herr Direktor Alois wird sich bestimmt in Rauenstein keinen Vorbeerklang eringen, und wir können ihm sagen, daß dortin einer gehört, der außerordentlich großes Verständnis und gute Fachkenntnisse besitzt, um den Betrieb einigermaßen wieder in Gang zu bringen. Es gibt auch nichts, wenn die Firma daran geht, die Stückpreise abzubauen, denn bei den technischen Einrichtungen des Betriebes wird auch dabei nichts herauskommen. Es ist nun einmal so, daß Porzellan nicht ein jeder machen kann und daß man einen Franken nicht gefunden macht, wenn man ihm dauernd Lust eingibt, sondern nur, wenn man ihm möglichst gute Arznei verabreicht. Die Herren brauchen sich gar nicht zu wundern, wenn die Rauensteiner Arbeiterschaft es ablehnt, sich missbrauchen zu lassen. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß, wenn die Väter nicht arbeiten können, die Kinder töricht wären, wenn sie dort in Arbeit treten würden. Herr Alois hat es unbedingt nicht notwendig zu versuchen, die Arbeiterschaft aufzuteilen, nachdem

er eine ganze Zeitlang als treuer Diener des Gegenteils macht hat. Die Arbeiterschaft soll sich vor solchen bösen Schärfen hüten.

Köppeldorf.

Im vorigen Herbst entließ die Firma Marzelle bei 14 Mäler wegen Arbeitsmangel, nun schwirren schon wieder Gerüchte, daß erneut Mäler und diesmal auch Breiter lassen werden sollen. Man gibt an, daß Auftragmangel Puppenköpfe vorliege. Was eigentlich dies mit den Mäler zu tun hat, ist uns ganz unverständlich, denn die sogenannten Hartglockenköpfe müssen ja auch gemacht werden. Es scheint so, als wenn man hier auf seine Art und Weise rationeller wollte — wie immer. Während man früher die großen Nummern der Köpfe nur von den Mäler ausführen ließ, werden in der Hartglockenfabrikation die größeren Köpfe nun auch von Frauen gemacht. Man hätte voriges Jahr bedingt die Mäler im Betrieb halten können und dafür wöchentliche Arbeitskräfte entfernen können. Wir nehmen jedoch stimmig an, daß auch die Firma Marzelle, deren Loyalität gegenüber der Arbeiterschaft bis jetzt immer rührte, in Verständnis dafür aufspringt, daß man, ehe man Familienväter brotlos macht, andere Mittel und Wege ergreifen muß. Wir verfeinern die Schwierigkeiten der heutigen Zeit durch nicht und erwarten auch auf der anderen Seite, daß die Arbeitsmöglichkeit so verteilt wird, daß nicht immer diejenigen betroffen werden, die wirtschaftlich am schlechtesten dastehen. Wir hoffen, daß es nicht so weit kommt, daß Kündigung ausgesprochen werden. Sollte es aber dennoch so sein, dann wird es Aufgabe des Betriebsrates und der Organisationen werden müssen, das zu sorgen, daß Väter vermieden werden.

Hüttengund.

Nachdem der Seniorchef des Haushert-Konzerns von der irdischen Gesellschaft abschied genommen hat, scheint es, daß wenn Herr Haushert jun. das Szepter in einer besonderen Weise schwingen wollte. Wahrscheinlich fühlt er sich nun als Herrscher über die armen Proletenfeuer. Als am 30. April die Belegschaft für den 1. Mai Urlaub verlangte, erklärte Herr Haushert, daß der 1. Mai kein geistlicher Feiertag sei, der von der Arbeit wegbiele, würde fristlos entlassen. Herr Haushert hat leider bei einem Teil der Belegschaft ein williges Ohr gefunden. Es scheint doch etwas wert zu sein, wenn der Chef einer Firma stirbt und die Arbeiterschaft geht dann traurig den Auges mit zum Begräbnis. Die Arbeiterschaft sollte sich dies merken und vorliebig sein mit Nachdruck, wo man die Güte und Milde des verstorbenen Chefs in hohen Ehren preist. Über auch Herr Haushert jun. wird das Rad nicht rückwärts drehen können und bei passender Gelegenheit erkennen müssen, daß er allein nicht in stande ist, den Gang seiner Machtwillen durchzusetzen, auf solden Formalitäten bestarrt, wird man eines Tages doch noch zu der Überzeugung kommen, daß es damit nicht abgetan ist. Der Arbeiterschaft empfehlen wir, in sich etwas geschlossen zu sein und dann Sorge zu tragen, daß einmal gefaßte Beschlüsse auch durchgeführt werden.

Schnay.

Die älteste bayerische Porzellansfabrik in Schnay, die 1789 gegründet wurde, existiert nicht mehr als Porzellansfabrik. Sie gehörte früher der Firma Liebmann und in den letzten Jahren der Porzellansfabrik Kloster Weilsdorf u. G., diese verkaufte sie schließlich um 60.000 RM an die Holzwarenfabrikanten Werner & Törring. Ein Teil unserer dort beschäftigten Kollegen sind in Höchstadt unterkommen, der Rest ist arbeits-

Lohnbewegungen und Unternehmergevinne in der Grobkeramik.

Der Verlauf der bisher erledigten Lohnbewegungen in den zur Branche Grobkeramik gehörenden Industrien zeigt, daß die Väter der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Wohl sträubt man sich hier und da noch, überhaupt irgendwelche Lohnzulagen zu gewähren, ja, bei einzelnen Unternehmern mag noch die Hoffnung vorhanden sein, einen Lohnneubau vornehmen zu können. Aber, je höher die Sonne steigt, je mehr die Vorräte an Ziegelsteinen und anderen Baustoffen, die auf Stapel gelagert, zusammenstoßen, desto mehr wächst auch die Gewertheit bei den Unternehmern, der Arbeiterschaft auch in der Lohnfrage etwas mehr wie bisher entgegenzukommen.

Doch freiwillig sind die Unternehmer in diesem Jahre nicht allzu sehr geneigt, große Zugeständnisse zu machen. Sehr oft muß ein mehr oder minder sanfter Druck dazu kommen, um sie etwas entgegenzumachen zu machen. In einigen Bezirken ist es bereits zu kleinen Vorpostenplankäufen gekommen, und zwar dort, wo die Arbeitgeber allzu hartnäckig auf der Parole der Arbeitgeberverbände "Abbau der Löhne usw." beharren wollten. Meist geben sie aber nach, bevor es zu ernsten Konflikten kommt.

Die Mehrzahl der in diesem Jahre eingeleiteten Lohnbewegungen ist noch nicht erledigt, ja, ein großer Teil noch gar nicht eingeleitet. Aus der Zahl der erledigten Lohnbewegungen kann man aber schon einigemaßen einen Überblick über deren Verlauf erhalten und Rückschlüsse auf die Erledigung der noch schwierigen ziehen.

Der Grundzsch, daß dort, wo die beste und geschlossenste Organisation vorhanden ist, auch die Erfolge entsprechend sind, bewahrtet sich auch bei den diesjährigen Lohnbewegungen wieder.

Eingeleitet sind ca. 230 Lohnbewegungen im Zuständigkeitsgebiet der Gruppe Grobkeramik innerhalb des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abtlg. Keramischer Bund. Von den ca. 300 Betrieben, welche im Jahre 1928 erledigt wurden, ist in der Berichtszeitung des Berichts von ca. 90 noch nicht bekannt, ob in diesem Jahre ebenfalls wieder Bewegungen eingeleitet oder in nächster Zeit eingeleitet werden. Der Grund ist, daß lang anhaltenden Winter mit seiner strengen Kälte, der die Arbeitsempfänger einen außerordentlich hemmenden Einfluss ausgeübt hat. Ein großer Teil Sozialbetriebe nahm spät die Produktion und in manchen Bezirken sehr äußernd auf, in ein Teil wird die Produktion auch jetzt noch nicht aufgenommen haben. Auch die sonst seit Jahren durcharbeitenden Betriebe sind in diesem Winter infolge der Kälteentwicklungen zum großen Teil zum Stillstand gekommen und nahmen ebenfalls recht zögernd die Produktion wieder auf.

Von den ca. 230 im Jahre 1928 eingeleiteten Lohnbewegungen war Mitte Mai 1929 der größte Teil erledigt und die Mehrheit war diese Zeit bereits unter Dach und Fach.

In diesem Jahr ist ein kleiner Teil von der Betriebszahl abgeblitzt, und zwar waren es bis zum 11. Mai 1929 85, die sich auf 227 Betriebe mit 71.300 Beschäftigten erstreckten. Bei diesen 85 erledigten Lohnbewegungen ist eine durchschnittliche Zulagenabschöpfung von 4,54 Pf. bei den Handwerkern 4,25 Pf. bei den Betriebsfacharbeitern 4,16 Pf. bei den unerfahrenen Arbeitern und 3 Pf. bei den Arbeitern eingetreten. Die durchschnittliche Lohnabschöpfung der Handwerker ist in der Ziegelsteinindustrie mit 5,55 Pf. bei den Betriebsfacharbeitern in der Ziegelsteinindustrie mit 5,75 Pf. bei den unerfahrenen, ebenfalls in der Ziegelsteinindustrie mit 4,75 Pf. und bei den Arbeitern in der Zementwarenindustrie mit 4,2 Pf. zu verzeichnen.

Bei den einzelnen Landesteilen hat bisher der Freistaat Sachsen am günstigsten abgeschlossen. Die bisher dort erledigte

Lohnbewegungen sind, wenn auch die Tarifräte verschiedentlich Sprüche fällten, doch meistens in freier Vereinbarung der beiderseitigen Tarifparteien zustande gekommen. Zum größten Teil sind die Bewegungen im Freistaat Sachsen, sowie die Industriezweige der Grobkeramik betroffen, erledigt. Nur wenige Bezirke sind noch in der Schwere.

Dass sich die Bewegungen im Freistaat Sachsen verhältnismäßig ohne allzu große Schwierigkeiten erledigt haben, liegt an der guten und geschlossenen Organisation. Meistens ist nur der Fabrikarbeiter-Berwand, Abtlg. Keramischer Bund, alleiniger Taristräger. Während in der Ziegelsteinindustrie bei den abgeschlossenen Bewegungen im Reichsdurchschnitt 3,6 — 4,1/10 Pf. bei den Arbeitern und 2,1 bei den Arbeitern an Lohnarbeitszeiten herausgekommen ist, sind es in der Ziegelsteinindustrie Sachsen 5—6 Pf. bei den Arbeitern und 4 Pf. bei den Arbeitern.

Im allgemeinen sind die neu festgelegten Spurenstundenlöhne in den einzelnen Industrien und Bezirken noch sehr unterschiedlich. Sie bewegen sich beim Handwerker in der Spitze bei den niedrigsten zwischen 55 bis 92 Pf. bei den höchsten zwischen 79 und 139 Pf., beim Betriebsfacharbeiter bei den niedrigsten zwischen 52 und 95 Pf. und bei den höchsten zwischen 75 und 139 Pf., bei den unerfahrenen Arbeitern der niedrigsten zwischen 48 und 90 Pf. der höchste zwischen 74 und 123 Pf., bei den Arbeitern der niedrigste zwischen 38 und 48 Pf., der höchste zwischen 46 und 86 Pf.

Das sind, wie vorstehend ersichtlich, durchaus keine so außerordentlich hohen Löhne, wie die Unternehmer in ihren Händen immer und immer wieder behaupten, wegen der "hohen" Löhne sei die Industrie nicht mehr leistungsfähig und fähig bei weiteren Lohnforderungen zum Erliegen. Nur ein Blick auf die Geschäftsergebnisse der einzelnen Gesellschaften, z. B. in der Zementindustrie, kann das Gejammer über die hohen Löhne auf das richtige Maß zurückführen.

Trotzdem das Jahr 1928 nach der Meinung der Zementindustriellen kein so gutes gewesen sein soll, hat, wie aus den Berichten der Gesellschaften hervorgeht, keine einzige Gesellschaft eine Ermäßigung der Dividende vorgenommen.

Vereinzelt seit Beendigung der Inflation sind die Gewinne von Jahr zu Jahr gestiegen, wie aus den nachstehenden Zahlen hervorgeht. Es beträgt z. B. die Durchschnittsdividende bei 32 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 163,474 Millionen RM für das Geschäftsjahr 1924 6 Proz. für 1925 9,84 Proz. für 1926 10,56 Proz. für 1927 11,34 Proz. dabei ist für die Geschäftsjahre 1926 und 1927 noch zu verzeichnen, daß das Zementwerk Salder in Braunschweig, welches von der Norddeutschen Zementfabrik aufgekauft wurde, die Dividende von 8 Proz. auf 4 Proz. herabgesetzt hat und das zu dem Zweck, um es später vielleicht einmal stillzulegen, denn die Abschreibungen sind seit der Heraufsetzung der Dividende außerordentlich erhöht worden.

Für das Geschäftsjahr 1928 haben noch nicht alle Gesellschaften ihre Geschäftsbücher veröffentlicht. Soweit sie veröffentlicht sind, beträgt die Durchschnittsdividende bei 23 Gesellschaften 11,4 Proz.

Von 15 Gesellschaften, welche Angaben über Abschreibungen veröffentlicht haben, ist festzustellen, daß die Abschreibungen ein bedeutendes Mehr ausmachen, wie für das Geschäftsjahr 1927. Nur bei drei Gesellschaften ist eine Ermäßigung der Abschreibungssumme eingetreten; 2 haben über das vorhergehende Geschäftsjahr keine Angaben gemacht, und bei 6 fehlten Angaben

überhaupt. Neben Sonderrücklagen und Spezialreservefonds haben nur 4 Gesellschaften berichtet, wobei festzustellen ist, daß sie ganz erhebliche Summen in diese Fonds hineinließen ließen.

Wenn nun die Bementherren der Düssentlichkeit weismachen wollten, daß infolge der hohen Aktienkurse die Verzinsung erheblich geringer sei, wie in den ausgeschütteten Dividenden zum Ausdruck kommt; und deshalb die Bementindustrie weitere Lasten nicht tragen könne, so erlauben wir uns zu fragen, aus welchem Grunde die Aktienkurse so in die Höhe getrieben sind und wer den Gewinn von dieser Erhöhung einsteckt.

Ein großer Teil von Gesellschaften in der Bementindustrie hat Angst, daß sie den Segen unterbringen, deshalb auch die hohen Summen für Abschreibungen und Sonderrücklagen, ja einige haben Gratisaktien ausgegeben und die Dividende auch auf diese ausgedehnt.

Aber nicht nur in der Bementindustrie werden erhebliche Gewinne ausgeschüttet, sondern fast in allen Industriezweigen bez. Gesellschaften der gesamten Industrien Steine und Erden. Es würde zu weit führen, wenn wir alle anführen würden, doch sei noch gesagt, daß auch in der Dachziegelindustrie Dividenden bis zu 20 Prozent ausgeschüttet werden.

Über die Klagen der Unternehmer nur noch einige Worte. So hat z. B. die Bementindustrie in den Fachblättern prophezeit, daß das Jahr 1929 wahrscheinlich ein schwarzes Jahr werden würde, weil der Bementabfall infolge des strengen Winters in den ersten Monaten dieses Jahres ein bedeutendes Minus gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs aufweist. Die neueren Meldungen besagen aber, daß der Winderabfall in diesem Monat bzw. im April zu einem Teil bereits ausgeglichen werden konnte.

Trotzdem das Jammern über die schlechte wirtschaftliche Lage sowie die hohen Kosten, welche die Industrie zu tragen hat und nebenbei das Schimpfen über die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft, welche sich immer noch nicht an dem jetzigen Lohnstand genügen lassen will und neue Forderungen auch in diesem Jahre stellt.

Es ist zwar nun das gute Recht der Unternehmer, zu jammern und ihre Lage so schlecht wie möglich darzustellen, sie werden jedoch eine Frage gestatten. Hat nicht die Arbeiterschaft bei dem so außergewöhnlich harten Winter am schwersten leiden müssen, und ist sie nicht bei den noch so niedrigen Böhnen viel härter betroffen wie die gesamte Unternehmerschaft oder soll es etwa selbstverständlich sein, daß nur die Arbeiterschaft die Lasten einer minder guten Wirtschaftslage tragen soll?

Für eine solche Moralanschauung hat die Arbeiterschaft allerdings kein Verständnis, sondern verlangt, daß auch die Arbeitgeber ihr Teil Lasten in minder guten Seiten trägt. Sie verlangt aber weiter, daß nicht nur die Unternehmer allein die Gewinne der guten Konjunktur einheimsen, sondern auch sie ihren beschiedenen Anteil erhält.

Auch wenn die Unternehmer noch so sehr über ihre schlechte wirtschaftliche Lage jammern und über die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft schreien, wird sich diese von ihrem Bestreben, mit Hilfe der Gewerkschaften ihre Lebenslage zu verbessern, nicht abhalten lassen.

Die Arbeiterschaft, welche in den zur Fabrikarbeiter gehörten Industrien beschäftigt ist, kann aus dem Verhalten der Unternehmer bei den diesjährigen Lohnbewegungen die Lehre ziehen, daß nur feste, geschlossene Gewerkschaften Erfolge verbürgen. Nicht Zersplitterung in kleine, leistungsunfähige Organisationen kann ihre Lebenslage verbessern, sondern Ausbau ihrer wirkungsvollen Waffe, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteil. K. e. r. a. m. i. s. c. h. e. r. V. u. n. d., der gezeigt hat, daß er auch bei den diesjährigen Lohnbewegungen die Interessen der Arbeiterschaft wahren und fördern kann. Im allgemeinen kann konstatiert werden, daß der Einfluß vorstehender Organisation auch in diesem Jahre in den Industrien Steine und Erden im zunehmenden Begriffen ist.

Lohnschiedsspruch für die Kölner Feuerfeste Industrie.

Nachdem durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie auf dem Verhandlungswege keine Einigung über den Lohntarif und das Mehrarbeitszeitabkommen erzielt werden konnte, hat sich das Tarifamt am 4. und 6. d. M. mit dem Lohnstreit und der Erneuerung des Arbeitszeitabkommen beschäftigt und mit den Stimmen der Arbeitnehmer folgenden Schiedsspruch gefällt:

- Unter Punkt V fällt Abs. 3 betreffend die Akkordberechnung und Abs. 5 betreffend die Erhöhung der Akkordsätze fort.
- Die tarifähnlichen Stundenlöhne der Arbeiter über 21 Jahre erhöhen sich ab 1. Mai 1929 in allen Gruppen um 5 Pf. Die Stundenlöhne der Arbeiterinnen und Jugendlichen erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Hierbei sich ergebende Pfennigbruchteile werden in der üblichen Weise abgerundet.
- Dieses Lohnabkommen fällt mit sechzehntäglicher Frist zum Ende eines Quartals, erstmalig zum 30. September 1930, geltendig werden.
- Das bisher gültige Arbeitszeitabkommen wird über den 1. Mai hinaus verlängert. Vom 1. Januar 1930 ab beträgt die Zahl der nach Anhörung u. v. von der Betriebsleitung festzusehenden Mehrarbeitsstunden wöchentlich bis zu drei. Lauf- und Kündigungsfrist wie beim Lohnabkommen.
- Erlösungsfrist bis 11. Mai 1929, mittags 12 Uhr, gegenüber dem Unparteiischen.

gea. Burenieden.

Nach diesem Schiedsspruch erhöht sich der Stundenlohn des ungelerten Arbeiters von 72 auf 77 Pf., der des angelehrten Arbeiters von 74 auf 79 Pf. und der Stundenlohn der Handwerker von 85 auf 90 Pf. Die Brenner erhalten einen Stundenlohn von 84 Pf. Außerdem gelten für die Brenner folgende Bestimmungen:

"Brenner, die im Tagelohn stochten, erhalten bei gutem Brände einen Sonderauschlag von 10 Proz. Für den Fall einer Aenderung der Arbeitszeit kann dieser Sonderauschlag herabgesetzt oder befeistigt werden."

In einer am 8. Mai d. S. stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung wurde der Schiedsspruch trotz erheblicher Bedenken, insbesondere wegen der Akkordfrage, mit knapper Mehrheit angenommen. Die anwesenden Vertragsleute erklärten übereinstimmend, daß die bei den Verhandlungen angeführten Durchschnittslöhne durch den Syndikus Dr. Heck in seiner Weise den Tatsachen entsprechen. Man war sich allgemein darüber klar, daß bei den Akkordarbeiten ein viel engerer Zusammenschluß entstehen müßt, als auch die Führung der Betriebsräte untereinander eine bessere werden mögl., wenn die Akkordarbeit nicht zur Mordarbeit werden soll. Auch bezüglich der Handwerker war man sich klar, daß bei der Art der Reparaturen und all den Unannehmlichkeiten, die die Handwerker über sich ergehen lassen müssen, daß nicht das bisher genügte Prämienstempel und die freiwilligen Leistungsauslagen den Ausgleich bringen müssen, sondern daß ein Stundenlohn gezahlt werden muss, der die Arbeitsweise der Handwerker genügend berücksichtigt. Daselbe trifft auch in erhöhtem Maße für die ungelerten Arbeiter zu, die heute teilweise zu ihrem Stundenlohn noch Prämien und Leistungsauslagen zu zahlen, die auch vollständig in das Besieben der Meister und Betriebsleiter gestellt sind. Es muß Aufgabe dieser Arbeiterschaften sein, sich zeitig dem K. e. r. a. m. i. s. c. h. e. r. V. u. n. d. aufzuführen, daß mit solche Entlohnungsmethoden befeistigt werden können.

B. Hertwig.

Zieglerversammlung in Düren.

Am 5. Mai tagte in Düren im Lokale Bröter eine Ziegelei- arbeiterversammlung für den Dürener Bezirk, die von allen in Frage kommenden Betrieben verhältnismäßig gut besucht war. Die Kollegen Eichmanns und Gauleiter Wirth, Köln, berichteten über den Verlauf und Abschluß der Lohnverhandlungen für die diesjährige Kampagne. Kollege Wirth schätzte besonders die einzelnen Phasen der Lohnbewegung. Die Absicht des Unternehmers, die Löhne abzubauen, sei gescheitert. Es sei vielmehr gelungen, die Löhne in der Spize um 4 Pfennig zu erhöhen. Dieses verbanden wir mit dem tatkräftigen Einschreiten der Organisation. Auch diese Lohnhöhung kann uns nicht befriedigen. Wir müssen alles in Bewegung legen, den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen, um zu erreichen, daß auch die Zieglerkollegen ihrer schweren Arbeit entsprechend entlohnt werden.

In der Diskussion kritisierten verschiedene Kollegen die Akkordregelung in einzelnen Betrieben, wo die Arbeitgeber versuchten, die Akkordsätze trotz des erhöhten Stundenlohnes herabzulegen, also eine Verschlechterung der Akkordarbeit gegenüber dem vorigen Jahre einzuführen. Auch ist man in Unternehmerkreisen der Ansicht, daß die Höchstleistung der Akkordarbeit vom vorigen Jahre zur Normalleistung im Stundenlohn in diesem Jahre werden müsse; demgemäß werden denn die Leute angetrieben bis zur Erschöpfung. Alle Diskussionsredner waren aber einstimmig der Überzeugung, daß hier nur eine starke, straffe Organisation helfen könne und daß die Kollegen in den einzelnen Ziegeleien sich mehr als bisher für die Organisation einsetzen und um die Organisationsangehörigkeit ihrer Mitarbeiter bestimmen müßten.

Zum Schluß der Versammlung ging Kollege Offermanns auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ein und betonte, daß für die Ziegeleiarbeiter ein festes Organisationsverhältnis geschaffen werden müsse. Dieses könnte aber nicht erreicht werden, wenn die Kollegen sich jedes Jahr immer wieder von neuem aufnehmen ließen, sondern die Unionschaft müsse auch in der stillen Zeit nach Beendigung der Kampagne durch Kleben von Erwerbslosenmarken aufrecht erhalten werden.

Auf diesem Wege würden wir eine Festigung und Stabilisierung in dem Organisationsverhältnis der Zieger erreichen und dauernd mit ihnen in Fühlung bleiben, damit wir im nächsten Frühjahr bei den neuen Lohnkämpfen besser gerüstet und schwägerlicher dem Unternehmertum gegenüberstehen. In diesem Sinne wurde die Versammlung geschlossen.

st. Offermanns.

Freitaldau.

Seit einigen Jahren stellen sich die Brüdergewerkschaften in Freitaldau um auf Kanalisationsröhren. Es handelt sich bereits um 7 Kleinbetriebe. Von der Bezirksleitung Mautaus des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands wurde die Schaffung eines einheitlichen Tarifes unternommen. Das gelang im Vorjahr zum Teil. Bei den Werken, Schlesische Steinzeugwerke G. m. b. H. und Gebr. Schäfer machte sich damals zu diesem Zweck ein achtwöchiger Streit notwendig. In diesem Jahr war es möglich, mit leichter Betriebe zu einem Abschluß in freien Verhandlungen zu kommen. Unders bei den Schlesischen Steinzeugwerken, die ein Direktor Engelhardt leitet, der gleichzeitig auch der Hauptbesitzer des Werkes ist. Er verlangt von seinen Arbeitern einen Lohnabbau für Stundenlöhner von 8 Pf. und von den im Akkord beschäftigten einen solchen von 25 Proz. Da er mit dieser Ansicht bei seinen Arbeitern, die noch den gesunden Menschenverstand besitzen, nicht durchkommt, versucht er es durch eine Annonce bei denen, bei denen er bestimmt voransetzen kann, daß sie dummi genug sind, für den Lohn von 52 Pf. diese schwere Arbeit zu verrichten. Folgende Annonce befand sich in dem "Rothenburger Anzeiger":

5 Arbeiter nationalgesinnt, stellen wir für dauernde Beschäftigung ein. Stahlhelfer bevorzugt. Schlesische Steinzeugwerke Freitaldau.

Herr Direktor Engelhardt weiß also ganz genau, wem er so etwas anbietet dar. Bei diesem Herrn scheint die nationale Gesinnung ebenfalls dort zu sitzen, wo sie bei den Herren immer sitzt, nämlich im Geldbeutel. Den Stahlhelmern wäre nur zu empfehlen, einmal bei den Schlesischen Steinzeugwerken nationale Kanalisationsröhren für den Lohn und den bei dieser Firma bestehenden Arbeitsverhältnissen anzufertigen. Sie würden dann bestimmt von der nationalen Gesinnung unserer Reaktionäre vom Schlag Engelhardt überzeugt sein.

Allen denkenden Arbeitern aber empfehlen wir, vor Arbeitsannahme bei obiger Firma sich erst bei der Organisationsleitung in Mautaus zu erkundigen.

Zwickau. 25 Jahre Zahlstelle.

Die ersten Versuche, auch in Zwickau eine Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zu gründen, wurden im Jahre 1903 unternommen. Bei der gewerkschaftsfeindlichen Einstellung der Unternehmer und der daraus resultierenden Aversion in den Arbeiterkreisen war das zunächst äußerst schwer. Trotz aller Widervorfälle und mit tatkräftiger Unterstützung des Gewerkschaftsrates Zwickau gelang es doch, Mitglieder für den Fabrikarbeiterverband zu werben. Allerdings blieb die Mitgliederzahl eine Weile lang noch so gering, daß an die Errichtung einer selbständigen Zahlstelle zunächst nicht gedacht werden konnte. Erst im Januar 1904, als die Zahl der Mitglieder auf 40 gestiegen war, fanden sich die Kollegen im "Brauereischlößchen" zu einer Versammlung zusammen, um nunmehr eine statutengemäße Leitung zu wählen. Von den Mitgliedern der damaligen Leitung gehört leider heute niemand mehr der Zahlstelle an. Einen größeren Zustrom erfuhr die Zahlstelle im Jahre 1906 durch die Zuführung der Ziegeleiarbeiter, die bis dahin dem Bauhofsarbeiterverband angehört und durch Beschluß des 1906 in Magdeburg abgehaltenen Ziegelkongresses in den Fabrikarbeiterverband überzutreten hatten. Die Ziegeleikollegen bildeten das wirtschaftliche Rückgrat der Zahlstelle, da sie gut organisiert waren und damals zu den besser bezahlten Arbeitern zählten; obwohl sie zum größten Teil Saisonarbeiter waren. Die Zahl der Mitglieder stieg im Jahre der Verschmelzung mit den Ziegeleikollegen von 80 im Jahre vorher auf 263. Durch rege Agitationsarbeit war es möglich, den Mitgliederstand während der Kampagne 1907 auf 600 zu erhöhen. Die fortgesetzte Mitgliederzunahme, die damit verbundene Fluktuation, sowie die vielseitigen Verbandsgeschäfte überhaupt, zwangen die Verwaltung im November 1907 zur Errichtung eines eigenen Verbandsbüros und zur Anstellung eines Geschäftsleiters.

Eine an dieser Zeit aufgenommene Lohnstatistik ergab folgende Verdienste pro Woche unter den Mitgliedern:

unter 12 RM 1 Mitglied	21 bis 25 RM 119 Mitglieder
12 bis 15 RM 4 Mitglieder	25 bis 30 RM 61 Mitglieder
15 bis 18 RM 20 Mitglieder	30 bis 35 RM 11 Mitglieder
18 bis 21 RM 71 Mitglieder	über 35 RM 3 Mitglieder

Die erste einschneidende Lohnbewegung wurde während der Kampagne 1907 in den Zwickauer Ziegeleien mit Erfolg durchgeführt. Sie brachte neben einer Lohnhöhung auch eine Arbeitszeitkürzung auf 10 Stunden täglich ein. An dieser Stelle beteiligt und verursachte die 1653,45 RM Kosten. Um die finanzielle Leistung der Lokalstelle zu heben, wurde im Jahre 1908 ein Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Woche und Mitglied eingeführt.

Aus den folgenden Jahren lassen die Aufzeichnungen nachstehende wichtige Begebenheiten feststellen:

1908: Als neue Leitung 1. Bevollmächtigter, Kollege Ernst Schmidt, der im April 1919 als Geschäftsführer bei der Zahlstelle angestellt wurde und heute die Wettengeschäfte der Zahlstelle führt.

Auf der Ziegelei E. Behr treten nach Taxisbruch des Verfahrs die Kollegen in den Streit.

Die Unternehmer gründen ein gelbes Auskunftsbüro.

Dieses Jahr war für die Zahlstelle der Probststein ihr Jahr der Kraft. Es galt in diesem Jahre die von den Ziegeleibesitzern geplante Lohnherabsetzung abzuwehren. Dem Straßenorganisatorischen Zusammenschluß der Ziegeleikollegenschaft war es zu danken, daß dieser Angriff erfolgreich abgewehrt werden konnte.

1909: Auf der Ziegelei Siebert treten die Kollegen wegen Lohnherabsetzungen in den Streit.

1910: Auf der Ziegelei Behr tritt die Belegschaft wegen Maßregelung einiger Kollegen in den Streit.

1911: Auf der Ziegelei Richter werden keine Arbeiter eingestellt, die am Gasarbeiter-Streit beteiligt waren.

1912: Auf der chemischen Fabrik Devrient erhalten die Kollegen statt der bisher geleisteten Milch ganz schlechten Käse. Diese Fabrik ist durch Ausbeutung ihrer Arbeiter beträchtlich gestiegen.

Auf der Ziegelei Frey wird wegen Lohnunterschieden gestreikt.

Auf der Ziegelei Dirzsch wird kein gutes Trinkwasser geliefert.

Auf der Ziegelei Klopfer wird wegen Lohnunterschieden gestreikt.

Die Mitgliederbewegung läßt seit dem Jahre 1906 einen dauernden Aufstieg erkennen, besonders während der Ziegeleikampagne. Erfolgreich in Erscheinung tritt, daß während der Wintermonate jedes Jahr den Mitgliederstand geringer verzeichnet läßt, als während der Saison der Ziegel-Industrie bis zur Gegenwart, trotz des Fehlens sogenannter Wanderarbeiter. Da das I. Quartal 1914 mit einer Mitgliederzahl von 890 schloß, stand zu erwarten, daß in diesem Jahre das ersteTauend voll gezählt werden sollte.

Der verhängnisvolle Weltkrieg zerstörte diese aussichtsreiche Hoffnung. Diesem sinnlosen Menschenabschlauch mussten leider 58 Kollegen ihr blühendes Leben opfern. Mit einem Blut dem imperialistischen System, welches leider auch heute noch ein Teil der Arbeiterschaft zugeht, sei dieser Opfer, ehemalige Mitglieder unseres Verbandes gedacht, einschließlich des ehemaligen Geschäftsführers der Zahlstelle, Kollegen Friedrich Krammer, der durch Unfall diesem System zum Opfer fiel. Darüber hinaus beklagt ein anderer Teil unserer Verbandsmitglieder, der sich zahlmäßig nicht ermittelbar läßt, den Verlust eines oder auch mehrerer gesunder Körperteile, welche diesem System geopfert werden müssen. So kam es, daß am Schluß des vierten Quartals 1917 die Zahlstelle nur noch 212 Mitglieder zu verzeichnen hatte.

Nach Beendigung des Krieges nimmt die Mitgliederzahl einen gewaltigen Aufstieg an, so daß die Anstellung von drei Lokalbeamten im Jahre 1919 erforderlich wurde. Der Höchststand der Mitglieder betrug im IV. Quartal 1922 418 Mitglieder. In diese Zeit fiel auch die Einverleibung der ehemaligen selbständigen Zahlstellen Meerane und Nierbach.

Die Inflation und die unglückliche Selbstzerstörung der Arbeiterschaft auf politischem Gebiete ließ die Wirkung nach sich ziehen, daß der Mitgliederstand sich verringerte.

Eine weitere Ausdehnung erfuhr die Zahlstelle im Jahre 1924 durch Zulassung der Bezirke Reichenbach und Ripschau i. B. welche vorher zur Zahlstelle Plauen gehörten.

Durch die im Jahre 1926 erfolgte Verschmelzung der ehemaligen Verbände der Porzellan- und Glasarbeiter wurde das Tätigkeitsgebiet um zwei weitere Industriegruppen ergänzt.

Der Bereich der Zahlstelle umfaßt neben dem Hauptbeamten, der sich über den Bereich des Ortsausschusses Zwickau erstreckt, acht Unterbezirke und zwar: Werdau, Crimmitschau, Meerane, Reichenbach, Nitschau, Treuen, Nierbach und Falkenstein. Die Verwaltung hat nachstehende zwölf Industriegruppen zu betreuen: Chemie, Wachstuch-, Papier-, Papierhälften-, Siegel-, Tonrohr- und Steinzeug-, Betonwaren-, Kalk-, Sand- und Kies-, Porzellan-, Facetten- und Blumen-Industrie.

Leistung der Volksfürsorge.

Manche private deutsche Lebensversicherungsgesellschaften könnte froh sein, wenn sie in einem Jahre den Neuzugang hätte, den unsere Volksfürsorge schon in einem Monat erreicht. Die Volksfürsorge hat im April d. J. ein neues Höchstzulat erzielt, indem 58 265 Versicherungssumme im Hauptbüro in Hamburg eingingen. Diese hervorragende Entwicklung der Volksfürsorge ist ein Beweis dafür, daß auf allen Gebieten Großes geschaffen werden kann, wenn die Arbeiterschaft den Weg der Selbsthilfe beschreitet, ihre Kräfte zusammenfaßt und nicht zerfällt.

Literarisches.

Leipziger Messe im Dienste der Exportförderung. In der vor kurzem erschienenen Denkschrift "Exportförderung" des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wird die Tätigkeit, die das Leipziger Messe in der Heranziehung von Ausländern zum Besuch der Leipziger Messe leistet, als vorbildlich bezeichnet, so daß die Leipziger Bestrebungen in dieser Hinsicht die Unterstützung der Gesamtwirtschaft und der zuständigen Behörden verdienen. Der Ausländer, der zur Leipziger Messe kommt, werde vielfach nicht nur die Meldeläden bei seinem Besuch berücksichtigen, sondern die Gelegenheit benutzen, auch anderweitig in Deutschland Umschau zu halten. Die Förderung der Leipziger Messe sollte sich daher nicht auf den unmittelbaren Interessenkreis beschränken, sondern, wie dies ja auch schon bisher geschieht, auch von weiteren Kreisen getragen werden. Auch an anderer Stelle der Broschüre wird ausdrücklich betont, daß das Leipziger Messe eine ausgesprochene Wirtschaftspragmatik ausübt. Die Propaganda des Leipziger Messe durch seine Auslandstellen beschränkt sich nicht auf eine unmittelbare Werbung für den Besuch der Leipziger Messe, sondern versucht durch detaillierte Hinweise, eine allgemeine Wirtschaftspragmatik für die deutschen Exportindust

Erwachen.

Einst war für mich die Welt wie eine Nacht,
so dunkel, daß ich kaum ein Sierlein sah.
Ich fühlte, ich war Slave einer Macht,
die häßlich grinsend stets mich angelächte,
und ahnte kaum, was rings um mich geschah.

Ost war ich müd', dann quälte mich der Schmerz,
der dumpf in meinen müden Gliedern lag.
Ich stöhnte laut, da jammerte mein Herz,
daß war so starr und schwerer noch wie Erz,
es schrie sich nach dem Erlösungstag.

Da kam ein Sturm, er rauschte mir im Blut,
zerissen slogen Woll um Woll dahin.
Der Schmerz zerrau, zerholzte in heißer Glut,
da durch mir Kraß, sie starke Stolz und Mut
nach höhern Zielen strebt seitdem mein Sinn.

Das ist das Ziel, stott Dunkelheit mehr Nicht,
Gerechtigkeit, dem Volk die ganze Macht.
Kämpf den Bedrückern, bis das Joch zerbricht,
so mahnet uns die große heilige Pflicht:
Reicht euch die Brüderhand zur großen Schlacht!

W. Voet.

Porzellan.

Ein Ladenfenster. Ein Glasladen und Porzellantaten. Die große blonde Spiegelscheibe. Und dahinter all das sein glänzende Gläser. Bunte Teller. Porzellantassen. Und mittan im Laden drin als schönster Schmuck: das Hänsel und die Gretel! Zwei bunten maltesische Porzellanfigürchen, stehend, eng nebeneinander auf zwei hohen kristallinen Säulen. Hänsel und Gretel waren Geschwister. Sie waren von der gleichen Hand geformt. Eine gleiche Hand hatte sie bemalt. Und die selbe Hand hob sie gemeinsam in den Händen — um sie dann gemeinsam aus dem Fenster wieder heraus zu heben. Hänsel und Gretel sind sehr schön. Das wissen am besten die Kinder. Den ganzen Tag hindurch die große und kleine Kinder vor dem Laden stehen, die dem Hänsel und Gretel freundlich zuschauen, und Hänsel und Gretel antworten ihren kleinen Freunden mit dem Nicken des Kopfes. Aber gar mit dem Zittern der Augenlider. Aber so was sagen nur die Kinder.

Es ist nun wohl ganz schön, bewundert zu sein. Es ist auch schön, Freude im Herzen der Menschen zu erwachen. Über schwiegerlich möchte man doch auch mal selber wie die Menschen sein: frei und eigenwillig, hingehen: wohin es einem immer beliebt. So dachten die hübschen porzellanenen Geschwister, das Hänsel und die Gretel. Und als nachts die alte schwarzaarige Zauberin am Glasladen vorbeikam: die Stunde zwölfe Uhr, da sprang der Hänsel im Ladenfenster von seiner kristallinen Säule herab, und mit seinem kleinen Porzellantüpfel klöpfte er von innenher an die Scheibe. Die alte nächtliche Zauberin zwölfe Uhr hat ein sehr seines Uhr, sie hört alles. „Mache uns bitte frei!“ bat das Hänsel. Und die alte Zauberin hauchte einmal kräftig auf den untersten Teil der Spiegelscheibe, da gab es dann ein Lachdröhnen voll gelben Rosenbalsams über die kleinen porzellanenen Häupter — da verloren die das Bewußtsein — sie waren wie tot.

Als dann morgens die Sonne im Osten ihre großen roten Augen aufmachte, da ich sie erstaunt über die winterverschneite Landstrasse hin zwei allerliebste kleine bunte Porzellanfigürchen schreiten. Hänsel und Gretel waren auf Wanderschaft. Wir fahren in die Welt! O die schöne silberne Winterwelt, im Walde aligerte der Nachtwald. Kleine blaue Weisen sagten den beiden Wanderern ihr lustiges Sirri-Sirri; das heißt — gute, gute Frei! Fröhlichkeit aber ging Frau Sonne abends schlafen, in ihr großes weißes Bett, Frau Sonne machte ihre roten Augen zu, und es wird Nacht. Hänsel und Gretel kamen bei Sternenglanz in eine Stadt. Da sie aber kein Geld hatten, kauften sie auch in kein Hotel gehen, drum gingen sie auf die Polizei, um dort als Obdachlose zu schlafen. Es war im Polizeiwohnhaus sehr warm, es gab auf der Brust sogar wollene Decken — aber, „Schred“, am nächsten Wandaufzug merkten Klein-Hänsel und Klein-Gretel, daß sie keine hatten. In den wollenen Decken der Polizei war es lebendig gewesen. Au, das habt und das juckte. Entsetzlich! Schrecklich! So machte das Reisen keinen Spaß, was mache das auf andere Art verhindern.

Wieder ein Wald, blitzeblank im Raubkreis. Hänsel und Gretel wandern. Kommt ein Eichhörnchen daher. Es gibt ein Gehörn. Und das Eichhörnchen war so ein liebes freundliches Gehörn, es trug das Hänsel und die Gretel auf einen Eichbaum hinaus in sein warmes Nest. Da suchte das eichene Hörnchen den lieben Porzellanfigürchen all die ekelhaften Läuse aus den bunteten Kleidern heraus. Und es schenkte ihnen zwei kleine Gürtelschädel mit funkelnden Goldstückchen drin. „Ein kleiner Beigeldank“, hatte das Eichhörnchen lächelnd den beiden kleinen Porzellanfiguren gesagt. „Na,“ fragte Hänsel und Gretel das Eichhörnchen, woher habt du das schwere Gold? — „Och, Kleinigkeit,“ legte das Eichhörnchen, „im Hochsommer zur Sonnenwende brachte ich den himmlischen Sternenbaum, und da lädt dann als reise Frucht so viel Gold herab, daß man es auf einem Eichhörnchenwagen nicht alles fortfahren könnte, so viel, so viel ist es.“

Weiter. Reise und Reise! Für das Eichhörnchengold lauerten sich die kleinen Porzellaner ein Automobil. Heute! das, ja, das

Männliche Arbeiter aller Berufe!

Die gewillt sind, sich neben ihrer Pflichtkrankelese noch gegen Not in Krankheitsfällen zu versichern, können in die

Weißner Zusatzkasse

eingetreten. Die Weißner Zusatzkasse wurde im Jahre 1878 als Bestreitliche der gesetzlichen Arbeitern ins Leben gerufen und wird heute noch von ihren Mitgliedern verwaltet und geleitet. Sie zählt gegenwärtig rund 65.000 Mitglieder mit fast 700 Stützen zum Deutschen Verteilten Verwaltungsstellen. Der vorher Koste erzielte Überschuss wird außer zur Aufzehrung der notwendigen Reisetexten immer wieder zur Verbesserung der Leistungen verwendet.

Der wöchentliche Grundbeitrag beträgt in den bestehenden fünf Klassen 30, 40, 50, 70 und 100 RM.

Der wöchentliche Krankengeld wird je nach der Dauer der Krankheit, bis zu einem Jahre, bezahlt. Es beträgt in Klasse I (Leistungsfähige) 5,40 RM. Kl. II 7,20 RM. Kl. III 9,— RM. Kl. IV 12,60 RM und in Klasse V 18.— RM.

Beim Ableben eines Mitgliedes erhalten besseres Hinterbliebene ein Sterbegeld bis zu 250 RM, je nach der Klasse und der Dauer der Begehrungen zur Kasse.

Alle häufigeren Mitgliedschaft erhalten die Mitglieder im Haft eingetretener bankerärder Gewerkschaftsmitglieder einen Zusatz zu der Kasse aus der Reichskasse. Ausgestattete und Anmeldebeamte nehmen entsprechend der öffentlichen Verwaltungsstellen der Kasse sowie auch die Hauptverwaltung der Weißner Zusatzkasse in Weißner (Sachsen).

(73 b)

wor nun ein Reisen. Hirsch-husch ging durch die Welt. Ein-hundert Kilometer die Stunde. „Fahren Sie noch 'n bisschen schneller“, riefen Hänsel und Gretel ihrem in schwarzen Sammet gekleideten Chauffeur zu, der setzte den ersten Doppelgang ein — nun fuhr man gar mit einhundertfünfzig Kilometer Geschwindigkeit durch die Welt. — Über, wer gar so schnell vorwärts will — den trifft das Unglück. Auf einmal: Krumm, krach, ach! Das Unglück war da. Ein Autounfall. Das Auto war gegen einen alten Lindenbaum gefahren, es ging ganz in Trümmer. Der arme schwartzamtene Chauffeur war tot, er war ein schöner glatter Maulwurf gewesen, flug und schweigsam. Nun war er tot! Traurig. Aber zum Glück: Hänsel und Gretel lebten noch. Allerdings, das Hänsel hatte einen Riß quer über den Porzellanschädel bekommen, das war wohl schlimm, aber doch nicht gar so schlimm, denn die schöne blaue Hose verdeckte den Riß. Niemand sah das. Aber die Gretel wußte es doch.

Die See. Das wilde Weltmeer kochte im Sturm wie ein Kesselfessel auf der rotglühenden Herdplatte. Ein Schiff in der wilden stürmischen See. Du armes Schiff, du wirst untergehen, das Wasser springt, weißschäumend nur so über dich hinweg! Und in einer Kuruzabinne des Schiffes lagen todfrank das Hänsel und die Gretel. Ihr Wagen feierte sein Jüngstes noch außen, Hänsel und Gretel waren fraktal. Seefrank? O, das ist das aller-allerschlimmste, was es auf der Welt geben kann. Nein! nie wieder zur See, überhaupt: die ganze Reisezeit ist nichts. „Kommen wir mit dem Leben davon, dann wollen wir anfangen werden“, so schwor das Hänsel der Gretel. Nie wieder zur See! Nie mehr reisen.

Die beiden kleinen Porzellanen hatten Glück. Das Schiff kam mit dem Leben davon, wenn es im Sturm auch seine vier Masten und seine zwei Schornsteine verlor. Jetzt kommt das Schiff an Land, auf die ferne Insel im blauen südlichen Ozean. Die Insel war bewohnt von einem gefangslustigen Völker, von Grashüpfern, die sangen und fiedelten den ganzen lieben Tag hin, sogar nachts. Die Grashüpfer lebten von Bananen, von Johanniskraut, von Vanille und von Apfelsinen. Sie waren freie lustige Lebewesen. Sie waren Republikaner. Ihr Land hieß: „Die grüne Grashüpfer-Republik.“

In diesem Lande gelte es dem Hänsel und der Gretel recht gut. Und auch das Volk dieses Landes sind Liebe zu Hänsel und Gretel. Die Grashüpfer erwählten einstimmig das Hänsel und die Gretel zu ihrem Präsidenten und zu ihrer Präsidentin. So waren Hänsel und Gretel nun zu hohen Ehren gekommen. Herr Präsident und Frau Präsidentin von der grünen Grashüpfer-Republik: die da in fernen Breiten als Insel im irisblauen Weltmeere liegen. Aber! wer hätte das auch ahnen können, mit der Ehre wuchs auch die Pflicht. Präsidenten hatten wegen der vielen wichtigen Staatsgeschäfte keine ruhige Stunde mehr. „Ehre und Ruhm ist nichts“, jammerte die porzellanene Frau Präsidentin ihrem Herrn Präsidenten ins hübsche weiße Leibchen. — „Stimmt.“ brummte der Herr Präsident, „Ehre kostet zu viel Pflicht!“

Der Mond ging auf. Wie eine große gelbe Rose blühte der Vollmond am goldensternen Spaliere der südlichen Nacht. Da knieten Hänsel und Gretel vor der Rose Mond, sie wußten von dessen Wunderbarkeit. „Herr Mond, befriere du uns aus dem grünen Grashüpferlande.“ — Der Mond gab ein Fingerblitzen voll gelben Rosenbalsams über die kleinen porzellanenen Häupter — da verloren die das Bewußtsein — sie waren wie tot.

Der Tod möcht aber nicht ewig. Hänsel und Gretel kamen in ihrem ursprünglichen Heimatlande als Kinder von einer Porzellankarreterfamilie zur Welt, als Menschlein. Ach! aber das Geborenwerden als Mensch — das ist erst recht nichts. Hänsel und Gretel wurden nach der Menschheit gleich in eine Mutter Erde tiefe versenkt. Auf dem Grabe wuchsen dann Bremesseln. Hänsel und Gretel waren sehr arm gewesen. Den Armen blühen keine Rosen, auch nicht im Tode.

Alles ist aus. Die Geschichte geht zu Ende. Was war denn eigentlich gewesen? Ach, gar nichts. Hänsel und Gretel hatten nur geträumt. Aber der Traum hatte ihnen gut getan, sie wußten nun, daß es nicht darauf ankommt, doch und weit hinaus zu wollen — sondern daß man sich mit dem Umkreis seiner kleinen Welt abfinden soll. Geständnis muß man sein! Als Porzellanfigürchen soll man sich von seinem schönen Platz auf den kristallinen Säulen im Geschäftsladen — nicht forttrieben! Nur auf eines kommt es an: Herzen beglücken, Herzen erfreuen! Für andere leben, das ist viel größer und reicher als sich selber leben.

Hänsel und Gretel waren durch ihren Traum nun geworben. Und durch Klugsein waren sie schöner als je. Und all die großen und all die kleinen Kinder, die sich über die porzellanenen Hänsel und Gretel im Glasladen freuten: die haben einen neuen edlen Glanz über den weißen Antiken der beiden kleinen Porzellaner liegen. Und Onkel Kröger — der dieses Märchen geschrieben hat, der sagte den Kindern: „Mun lebt doch die beiden Porzellanfigürchen bewegen schon die Hände, sie grüßen uns!“ Und alle schauenden Kinder vom Glasladen riefen: „Na, wahhaftig, Onkel Kröger hat recht. Im Porzellan wohnt Leben!“

dm.

Köslin.

Als erster Geschäftsführer der Bezirkszahlstelle Köslin wurde der Kollege F. Müller, Berlin, gewählt.

Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Die Gauleitung.

Ausschläge.

Wen wurden auf Grund des § 14, Ritter 3a, in Verbindung mit § 14, Ritter 5 unseres Verbandsstatuts die Mitglieder der Zahlstelle Danau:

Friedrich Viel, Rüdingen, Buch-Nr. S II 628 864; Josef Greifenhag, Buchenburg, Buch-Nr. 823 452; Julius Bäumer, Brückköbel, Buch-Nr. S II 402 036; Karl Keidel, Porzellan, Buch-Nr. S II 529 884, sowie Ernst Goldenthal, Bismarck, Buch-Nr. S II 592 224.

Gemäß § 14, 3a: Wilh. Günßler, Bismarck, Buch-Nr. S II 777 256; Karl Kramm, Bismarck, Buch-Nr. 682 276. Gemäß § 14, Ritter 3d: Dr. Windfuhr, Stadtschulden, Buch-Nr. 252 401.

Arbeitsmarkt.

Mehrere Kübelmacher und Schilfherren für Schirme und Nebertisch sowie 2 Glasmacher, ledig, für Schirme gesucht. Arbeitsangebot an Carl Bendischuk, Heidenau bei Dresden, Dresdener Straße 82.

(73)

In der Woche vom 19. Mai bis 25. Mai ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Hier New York! — Hier Berlin?

Im Nachrichtenverkehr der Erdteile spielt die Großfunkstation in Nauen eine wichtige Rolle.

Über die Anlagen dieser sei kurz folgendes gesagt. Die Transradio AG. ist eine Tochtergesellschaft der Telefunken-Gesellschaft, welche gemeinsam von der AEG und Siemens & Halske gegründet wurde. Auch das Reich bzw. das Reichspostministerium ist an der Transradio AG. beteiligt. Letztere wurde als Betriebsgesellschaft im Jahre 1918 errichtet zu dem Zwecke, den drahtlosen Überseeverkehr zu besorgen und die seit 1906 bestehende Funkstation Nauen zu übernehmen. Nauen war anfangs eine Versuchsstation, wo man mit einem 10 Kilowatt-Kondensatorenrad, einem 100 Meter Mast, einer Schirmantenne und sonstigem Gerät das Problem der drahtlosen Übertragung in Wort und Schrift zu lösen versuchte. Die Anlagen wurden rasch verbessert, so daß 1910 bereits eine Reichweite von 8.000 Kilometern erreicht wurde. Diese stieg 1912 auf 4.700, 1914 auf 8.300, 1916 auf 11.000 und im Jahre 1918 auf 20.000 Kilometer. Heute besteht eine Reichweite von drei- bis viermal um die Erde.

Die bereits in kurzer Zeit erreichte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern wurde durch den Krieg jäh unterbrochen. Aber ehe noch der Friede geschlossen war, wurden die Verbindungen namentlich mit Nordamerika bereits wieder anknüpft. Heute hat der im Jahre 1914 eröffnete öffentliche Telegrammverkehr mit Nordamerika eine Ausdehnung erreicht, daß man es sich vorstellen kann, wie der moderne Geschäftsverkehr zwischen den beiden hochentwickelten Erdteilen ohne die drahtlose Übertragung von Wort und Schrift möglich sein könnte. Die Großfunkstation Nauen dient nur für den Sendeverkehr. Der gesamte Empfang der drahtlosen Übermittlungen geschieht von der Station Geltow bei Potsdam. Sendung und Empfang vereinigen sich in der Betriebszentrale in Berlin, Oranienburger Straße. Diese liegt dem Haupttelegraphenamt gegenüber, so daß die abgehenden und ankommenden Telegramme sofort zur Weiterleitung übermittelt werden können. Seit dem Jahre 1921 obliegt der Transradio AG. nur noch der Überseefunkverkehr; den europäischen Dienst betreibt die Reichspost selbst über die Station Königsbutzenhausen.

Die in den Großfunkstationen aller Länder ankommenen Gespräche und Telegramme werden sofort von den Landtelegraphen weitergeleitet. Von der Geschwindigkeit kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß ein Telegramm Deutschland-Nordamerika nur 30 Sekunden dauert. Eine Berliner Großbank kann innerhalb zwei Minuten erfahren, wie die Kurse an der New Yorker Börse stehen. Der Kurzwelldienst hat den Langwellenverkehr verdrängt. Bei Langwellen beträgt die Sendegeschwindigkeit bis 125 Worte und bei Kurzwellen bis 350 Worte je Minute. Die Großfunkstation Nauen hat eine tägliche Telegrammleistung nach Nehersee von etwa 50.000 Worte je Tag und etwa 1,5 Millionen Worte je Monat. Der Gesamtumfang des Sendeverkehrs nahm folgende Entwicklung: Im Jahre 1919 1.22, 1921 5,0, 1923 7,7, 1925 11,9, 1926 12,7, 1927 13,4, 1928 16,3 Millionen Worte, davon 11,3 Millionen nach Nordamerika. In diesem Jahre kostet man auf eine Nachricht von 20 Millionen Worte zu kommen. Innerhalb 10 Jahren ist also der Sendeverkehr um das 10fache gestiegen worden. In dieser Entwicklung ist die Bedeutung des Überseefunkverkehrs am besten zu erkennen. Im Jahre 1928 entfielen von dem Gesamtverkehr 2.392.650 Wörter auf den internationalen Presseverkehr. Nur auf diese Art ist es möglich, daß wir an dem gleichen Tage in den Zeitungen das finden, was in anderen Erdteilen vorkommt. Die Großfunkstation Nauen erledigt sowohl die Telegraphie, wie auch die Telefonie und die Bildübertragung.

Die bedeckte Fläche der Antennen hat einen Durchmesser von 2½ Kilometer. Es sind insgesamt 12 Großmaste vorhanden; zwei in einer Höhe von 260 Meter, 7 von je 210 Meter und 3 von 150 Meter. Das Eigengewicht beträgt von 100 bis 200 Tonnen je Mast. Die Maste ruhen auf Porzellansolatoren, wodurch sie von der Erde isoliert sind. Verwandt werden in der Hauptfache Kurzwelldienst mit Wellen von 15 bis 40 Meter. Von den Antennen sind je zwei parallel geschaltet. Vorhanden sind 7 Kurzwelldienst für je 20 Kilowatt Antennenergie. Für den Verkehr nach Ostasien, Nordamerika usw. dienen Maschinendienster von 400 Kilowatt.

In einem gewöhnlichen Telegramm nach New York beträgt die Wertebühre 1,10 RM, in einem dringenden Telegramm 3,30 RM, in sogenannte L.C.-Telegramme 0,55 RM, Nachttelegramme 0,40 RM, Wochenendtelegramme 0,35 RM und Presstelegramme 0,30 RM. Die Bezahlung erfolgt in der Regel von dem Absender des Telegramms, die Gebühr kann aber auch von dem Empfänger einbezogen werden. Wenn man bedenkt, daß im internationalen Verkehr das Codebuch sich eingebürgert hat, so kann man nicht sagen, daß die Gebühren zu hoch sind. Für das Codebuch können ja mehrere Worte in einem zusammengezogen werden. Trotz alledem kann der Überseefunkverkehr nur von wenigen Leuten benutzt werden, die über das nötige Geld verfügen. Aber bei den Großgeschäften spielen ja beratige Ausgaben eine große Rolle.

Die Elektrizität ist der größte Revolutionär der Menschheitsentwicklung. Durch die Elektrizität wurden die Errichtungen vollständig überwunden. Es gibt im Nachrichtenverkehr zwischen Volt zu Volt keine Hindernisse mehr. So klein ist die Erde.

Tüchtige, junge Schalendreher sofort gesucht. C. & E. Garsten, Porzellansfabrik, Blankenheim i. Thür. (75)

Tüchtiger, junger Formengießer sofort gesucht. C. & E. Garsten, Porzellansfabrik, Blankenheim i. Thür. (76)

Junger, leidiger Mitarbeiter, 21 Jahre alt, der sich im Stempeln, Staffieren, Packen, Band von Astern- und Hotelgerichten ist. Sucht Stellung. Angebote unter § 45 an den A. V. erwünscht.

Modellschreiber, sich in sämtlichen vor kommenden Arbeiten, besonders perfekt im Abgleichen, sucht per sofort Stellung. Wohnungsvorbedingung. Anschriften erbeten an den „Meram, Bund“.

Eine vollbeschäftigte Werkstätte Höhlglasmacher sucht Stellung. Die Arbeitsschweren sind auf alle Arten gut eingearbeitet. Wohnung ist erwünscht. Arbeitsangebote sind zu richten an die Bezirkszahlstelle Köhütte, Wahnschafft 81.

Glasläsler aus Fassettten, Kanten, auch Schmalzglas, sucht Stellung in der Nähe von Berlin oder direkt in Berlin. Angebote an Willi Sielaff, Küstlin, Plattenstraße 59.

Junger Mustermaler und Schablone Schneider, sich in sämtlichen Sparten der Unterglasurmalerei, in verschiedenen Steingutfabriken tätig gewesen, sucht, gefüllt auf sehr gute Belegschaft. Stellung in Steingutfabrik oder Emaillefabrik. Angebote unter § 44 an den „Meram, Bund“.